

Bezugspreis:
Electorat 3,00 M., monatlich 1,00 M.,
wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus,
vorauszahlbar. Einzelne Hochtags-
nummern 5 Pf., Sonntagsnummer
mit Multiplikatoren 10 Pf. Die Neue
Welt 10 Pf. Solche Bezüge: Monatlich
1,00 M. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2,50 M., für das übrige Ausland 4 M.
monatlich. Postbestellungen nehmen
an Dänemark, Holland, Luxemburg,
Schweden u. die Schweiz, Eingetragen
in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Erfolgt nicht täglich.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis
Befragt 1. die Redaktionskassette...
Befragt 2. die Redaktionskassette...
Befragt 3. die Redaktionskassette...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 29. November 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Der Dörferkampf vor Cambrai.

Artilleriefener in Flandern — Bourlon und Fontaine in neuen Angriffen verlorener und wiedererstürmt — Kampf bei Romeny.

Amlich. Großes Hauptquartier, 28. November 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war das Artilleriefener zwischen dem Gouthonster Walde und Sandvorde von Mittag an lebhaft; bei Passchendaele schloß es am Abend zu größter Heftigkeit an.

Zu beiden Seiten der Scarpe erhöhte Geschützaktivität.

Auf dem Schlachtfeld bei Cambrai leitete scharfer Feuerkampf mit Tagesanbruch die Angriffe ein, die der Engländer mit frisch eingeleiteten Divisionen gegen Bourlon, Fontaine und unsere anschließenden Stellungen richtete.

Westlich von Bourlon und Fontaine brachen seine Angriffswellen und die ihnen voranschreitenden Panzerwagen in unserem Feuer zusammen.

Zwischen Bourlon und Fontaine drang der Feind nach mehrmaligem vergeblichen Ansturm in unsere Abwehrzone ein. Bourlon und Fontaine gingen vorübergehend verloren.

Die durch den erbitterten Häuserkampf hart gelichteten englischen Verbände trug der Gegenstoß unserer Infanterie. Umfassend angelegt und schneidig geführt, nahm sie die Dörfer in glänzendem Ansturm wieder und warf den Feind in den Wald von Bourlon zurück. Mehr als 200 Gefangene und zahlreiche Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Das harte Feuer ließ bei Eintritt der Dunkelheit nach; örtliche Infanteriekämpfe dauerten bis in die Nacht hinein fort.

Seceresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwestlich von Tahure ließ der Franzose bei einer mühsamen Unternehmung Gefangene in unseren Gräben.

Auf dem östlichen Marsufer war die Artillerietätigkeit am Vormittag gesteigert; sie staute von Mittag an zu mächtigem Störungsfeuer ab.

Seceresgruppe Herzog Albrecht.

Nordöstlich von Romeny stießen starke französische Abteilungen gegen unsere Linien vor; sie wurden im Nahkampf abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mazedonische Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 28. November 1917, abends. Amlich.

Von keiner Front sind bisher besondere Ereignisse gemeldet worden.

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. November 1917. (W. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

Nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Das neue Kapitel.

Heute, 3 Uhr nachmittags, tritt die Regierung Hertling-Bayer vor den Reichstag, um ihm und der Welt ihr Programm zu verkünden. Diese bedeutende Eröffnung wird sich in den Formen vollziehen, die wir von alter Zeit gewohnt sind: der neue Kanzler wird eine Rede halten, und ihr wird sich eine Debatte anschließen, in der die Parteien ihre Stellung zur neuen Regierung zum Ausdruck bringen werden.

Aber, wenn man es auch unterlassen hat, die vollzogene Systemänderung scharf in die äußere Erscheinung treten zu lassen, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß der 29. November ein neues Kapitel in der Geschichte des Reichstags und des Reiches einleitet. Ein alter Zentrumsführer ist nach Verhandlungen mit den Parteien zum Reichskanzler ernannt worden, ein Führer der fortschrittlichen Volkspartei ist auf Wunsch der Linken sein Stellvertreter im Reich, ein Nationalliberaler sein Stellvertreter in Preußen geworden.

Die auswärtige Politik wird beherrscht von dem ungebrochenen Kriegswillen der weislichen Entente auf der einen Seite und der revolutionären Friedensarbeit Rußlands auf der anderen. Nach beiden Seiten hin gibt die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli die treffende Antwort, indem sie feindlicher Gewalt den ungebrochenen Verteidigungswillen entgegenstellt, friedlichen Bemühungen aber die Hand zu einem Verständigungsfrieden, ohne Eroberungen und wirtschaftliche Vergewaltigungen entgegenstreckt.

Die Enthüllungen der bolschewistischen Regierung haben auch die letzten Gründe für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges aufgedeckt, und es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß derselbe Trozki, der die schärfste und geistreichste Schrift gegen die deutsche Sozialdemokratie geschrieben hat, nun für ihre Stellungnahme die durchschlagendsten Argumente beizubringen genötigt ist.

Ergründlich sind unsere Uferlösen, die sich vor Entrüstung über die enthüllten Geheimverträge heiser schreien, gleich als ob die weltpolitische Spitzbüberei ihr eigenes Patent wäre. Wer als Sieger Belgien, Longwy-Briey, Kurland, Litauen und andere gute Dinge in die Tasche stecken will, wirkt doch nur komisch, wenn er sich darüber entrüstet, daß die Gegner im Falle ihres Sieges Schwaben, Wosn, Elbaf-Volbringen und die Rheinprovinz in Anspruch nehmen.

Dieselben Herren fallen dann über die Sozialdemokratie her, die sich durch ihren Kampf gegen alles, was „alldeutsches Godziel“ heißt, wieder einmal als innerer Feind bewährt haben soll. In ihrer Wut darüber, daß ihre eigenen Pläne an dem Widerstand der Sozialdemokratie eine Schranke finden, vergessen sie eine Kleinigkeit, nämlich die, daß an der Haltung der deutschen Sozialdemokratie auch die Pläne des feindlichen Imperialismus zuhause geworden sind. Nichts als verfluchte Pflicht und Schuldigkeit,

Die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen.

Die Regierungen der Alliierten verhalten sich gegen die neue revolutionäre Regierung in Rußland scharf ablehnend, lassen aber nichts von einer Absicht merken, ihre Vorschläge aus Petersburg zurückzuziehen, und geben damit zu erkennen, daß die Lage, die in Rußland entstanden ist, sie unter Druck hält. Sie hoffen sicherlich immer noch auf eine Gegenrevolution, und sie wissen, wenn sie vornehmlich das Feld räumen, daß das Geschäft, das sie in Rußland machen wollen, bis auf weiteres gänzlich verkracht. Es bleibt also nichts übrig, als am Ladentisch auszuhalten, obgleich zurzeit nichts als Waffenruhe und Frieden aufgelegt ist.

Inzwischen wird nun Gelegenheit geschaffen, offiziell zu bekunden, ob sie gewillt sind, die Weigerung, mit der Lenin-Regierung zu verkehren, radikal durchzuführen oder den Nachzustand anzuerkennen. Aus Petersburg meldet Reuters: „Trozki hat an den englischen Vorkämpfer Buchanan das schriftliche Ersuchen gerichtet, zwei in England internierte russische Unterthanen freizulassen und deutet Gegenmaßnahmen gegen Engländer in Rußland an.“ Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Annahme berechtigt, daß die Antwort Englands prinzipielle und vielleicht weittragende Bedeutung haben wird. Eine Weigerung würde zu Handlungen führen, die sonst nur zwischen Mächten üblich sind, die sich im Kriegszustand miteinander befinden. Das Schreiben Trozki ist ein Fühler und eine Warnung zugleich.

Anders als die Entente verhalten sich die Mittelmächte der bolschewistischen Regierung gegenüber. Eine Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ äußert Erwägungen, die sehr beachtenswert sind. Die Frage, ob mit der neuen Macht, die in Rußland ans Ruder gelangt ist, verhandelt werden kann, wird kurz und klar im Gegensatz zu der englischen Erklärung bejaht. Nur daß natürlich die Vorbedingung gestellt wird, die neue russische Macht müsse gefestigt sein. Da diese Festigung durch Erklärungen der Verhandlungsbereitschaft gefördert werden wird, begrüßen wir die Äußerungen der „Kölnischen Zeitung“. Sie lauten:

Wien, 28. November. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die Bolschewikregierung scheint sich langsam zu festigen. Die Veröffentlichung der Geheimverträge trotz der Drohungen aus Paris und London spricht für die Tatkraft ihrer Führer, die damit einen entscheidenden Schritt getan haben. Er bedeutet die Lösung von der Raub- und Vergewaltigungsgemeinschaft, die die zaristische Regierung mit der französischen und englischen eingegangen ist. Aus der Neutermeldung vom Sonnabend ist zu entnehmen, der Verband werde seine Vertreter in Petersburg belassen, was dafür spricht, daß der Verband eine weitere Befestigung der Stellung

der Bolschewiki für möglich hält. Gleichzeitig behielt der Verband dadurch die Möglichkeit, weiter auf die inneren Verhältnisse Rußlands einzuwirken. Die Gefahr, die hierin für die Regierung der Bolschewiki liegt, wird wohl von dieser nicht verkannt. Deutscherseits ist mehrfach ausgesprochen worden, daß eine Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse nicht beabsichtigt ist. Stellt sich heraus, daß die Petersburger Regierung die nötigen Nachmittel besitzt, ihren Willen zur Geltung zu bringen, so würde sich die wichtige Frage ihrer Verhandlungsfähigkeit von selber klären. Gegenüber der Erklärung Lord Robert Cecil, eine solche Regierung nicht anzuerkennen, stellt sich für uns die Frage einfach dahin: Wer hat die Macht? Verbindet sich mit der Macht der Wille zum Frieden, so sehen wir nicht ein, warum die Regierung der Bolschewiki nicht ebenso für verhandlungsfähig angesehen sollen, wie jede andere.

Es ist erfreulich, daß auch Österreich wiederum durch eine Erklärung bekräftigt, daß der in Rußland ergangene Ruf nach Frieden nicht ergebnislos verhallen soll. Die Wiener „Slawische Korrespondenz“ meldet: In einer Besprechung mit Abgeordneten des Herrenhauses äußerte sich Graf Czernin über die durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffene Lage. Er betonte die Bereitwilligkeit und Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen über einen ehrlichen und annehmbaren Frieden einzutreten.

Basel, 28. November. Nach einer Petersburger Dabameldung übermittelte General Duchonin der Armee die Erklärung des Chefs der Alliierten-Kommission im Hauptquartier, in der gegen die Verletzung des Vertrages von London durch den Schritt der maximalistischen Regierung wegen eines Waffenstillstandes protestiert wird. Dieser Protest veranlaßte Trozki und die militärische Kommission des Sowjet zu einem neuen heftigen Anschluß gegen die Alliierten. Trozki führt unter anderem aus, daß russische Soldat sei nicht verpflichtet, Verträge, die früher ohne sein Wissen abgeschlossen wurden, auszuführen. Jeder Versuch eines Druckes auf die Regierung des Sowjet, um den Verträgen wieder zur Gültigkeit zu verhelfen, sei im voraus zum Mißerfolg verurteilt.

Petersburg, 27. November. Neutermeldung. Der maximalistische Oberbefehlshaber Arglenko ist an die Front abgegangen, nachdem er an Armee und Flotte ein Friedensmanifest erlassen hatte. Die Maximalisten melden die Verhaftung des Generals Stabslow, des früheren Kommandeurs im Moskauer Militärbezirk, der den Versuch machte, als Bauer verkleidet zu entkommen.

London, 27. November. Neutermeldung. Ein Telegramm aus Washington befagt: Der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg und Berlin in drahtloser Verbindung stehen.

lagen sie. Sehr richtig, aber es ist auch die berufliche Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Sozialdemokratie, den volksverderblichen Wahnsinn der Alldeutschen zu bekämpfen!

Damit ist auch die Stellung der Sozialdemokratie in der kommenden Debatte gegeben. Sie tut für die Verteidigung das Ihre, verlangt aber auch vom neuen Reichsfunktionär, daß er für den Frieden das Seine tut. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zur Politik der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli, dazu gehört aber auch die Arbeit für den freihheitlichen Ausbau des Deutschen Reiches. Spät hat das Reich die moralischen Kräfte der Welt für seine Verteidigung zu mobilisieren begonnen. Diese Mobilisierung aber, deren Mittel heiliger: klares Friedensbekenntnis, Parlamentarismus, gleiches Wahlrecht, Freiheit von Zensur, sozialpolitischer Fortschritt — ist für die verbissenen Feinde des Reiches nicht weniger gefährlich, als die militärische Zurückweisung ihres fanatischen Kriegswillens.

Das russische Beispiel muß anstehend wirken auf jedes Volk, das von seiner Regierung für imperialistische Ziele in den Tod gehetzt wird. Nur die Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung ehrlich den Frieden der Verständigung will, der ihr von den feindlichen Regierungen des Westens verweigert wird, rechtfertigt die Haltung der deutschen Sozialdemokratie. Diese Ueberzeugung darf durch keine Zweideutigkeit erschüttert werden.

Wäre das neue Kapitel der deutschen Geschichte das Letzte in der Geschichte des Weltkrieges sein!

Die Waffenstillstandsfrage im Unterhaus.

London, 27. November. (Neuer, Versäut eingetroffen.) Im Unterhaus fragte Richard Lambert erstens, ob die russische Regierung oder irgendeine Person, die vorgibt, die russische Regierung zu vertreten, einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zur Einleitung von Friedensverhandlungen vorgeschlagen habe. Zweitens: wenn dies der Fall sei, welche Antwort hierauf gegeben wäre. Daraus beantwortete die erste Frage mit Ja. Hinsichtlich der zweiten Frage sei von der englischen Regierung keine Antwort gegeben worden, und, soweit es ihm bekannt wäre, auch nicht von irgendeinem Alliierten.

Der Koalitionsstreit in Rußland.

Die bolschewistischen Pressemaßnahmen.

Stockholm, 28. November. (Eig. Drahtbericht des „Norman“.) Die russische Lebensmittelfrage erregt besonders den inneren Konflikt und die Fortführung des revolutionären Werkes. Der Konflikt spielt sich nicht nur zwischen den sozialistischen Richtungen, sondern auch innerhalb der Bolschewisten selbst ab, von denen viele wegen der getroffenen Pressemaßnahmen protestierten. Am 17. November wurde diese Frage auch im Zentralkomitee diskutiert. Die Verammlung beschloß die Verstaatlichung der Druckereien und der Papierwerke, welche allen bürgerlichen Gruppen proportionell ihrer Mitgliederzahl verfügbar gemacht werden sollen. Trotzli verteidigte die Einstellung der Zeitungen während des Bürgerkrieges. „Komsomol“ und „Krasnaja Wolga“ habe bei den Wahlen keinen Anhang habe, habe unbedeutend sozial Leitern und Papier beantragt. „Krasnaja Wolga“ habe überhaupt kein Existenzrecht, solange diese Zeitung nur das Organ der Großen sei. Daß die „Krasnaja“ ehemals die Pressefreiheit für sich forderte, sei kein Widerspruch. Demnach könne man nur juristische Freiheit fordern; jetzt gelte es, durch Entthronung der Bourgeoisie die Bedingungen für die wirkliche Pressefreiheit zu schaffen. „Soldatskaja Prawda“ führt denselben Gedanken aus: Solange die Reaktion die Kritik der Wahlen über, könne ihr die Waffe der Kritik nicht überlassen werden. Eine freie öffentliche Meinung bestehe nicht, solange das Kapital alles, einschließlich Talente, kauft.

„Komsomol“ meldet, daß die Regierung auch das Annoncieren wesen verstaatlichen will.

Die bei der Pressefrage hervorgetretenen Gegenstände nahmen bei der Koalitionsfrage einen Krisencharakter an. „Soldatskaja Prawda“ berichtet hierüber: Am 17. November überreichte die Mehrzahl der Minister der Regierung und dem Zentralkomitee eine Erklärung, in der gefordert wird, daß eine rein bolschewistische Regierung nur durch den Terror aufrechterhalten werden könne. Die Unterzeichner lehnen aber die Verantwortung für eine solche Politik ab und legen ihre Ämter nieder. Eine Erklärung gleicher Tendenz, welche dem bolschewistischen Zentralkomitee zuzuging, ist auch von den führenden Bolschewisten Kamenew und Sinowjew unterzeichnet. Diese erklären, daß eine sozialistische Sammelregierung notwendig sei zur Verhinderung weiterer Blutvergießens, zur Bekämpfung der Hungersnot und Kaledins, ferner zur Sicherung des räumlichen Zusammentritts der Konstituante und zur Verwirklichung des Friedensprogramms. Die Unterzeichner werden der leitenden Gruppe des Parteikomitees vor, die nützlich geschaffene Grundlage der Sammelregierung untergraben zu haben; sie erklären daher auch ihren Austritt aus dem Parteikomitee.

„Prawda“ berichtete über die Verhandlungen des Zentralkomitees vom 17. November: Rogin verlor die Erklärung der demissionierenden Minister. Unterzeichner der Erklärung sind: Antow, Milobin, Salschanski, Teodorowitsch, Kabanow, Derwischew, Jurenin, Fedorow, Varin, Arbutow. Der heftig angegriffene Lenin antwortete, daß die Massen des Volkes auf seiner Seite seien. Neben ihm sprach Trotzki. Die Regierung werde zwar numerisch geschwächt, aber qualitativ gestärkt weiterarbeiten. Wenn die den Ausgleich schaffen sollen, seien nur der Schalten der Bourgeoisie, und ihr Schalten dieser Schalten. Ein von den linkssozialrevolutionären eingebrachtes Mißtrauensvotum wurde mit 25 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Die Konstituentenwahlen in Petersburg.

Petersburg, 28. November. (Neuer.) Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung schlossen heute. Etwa die Hälfte der Petersburgischen Wähler gaben ihre Stimmen ab. Die letzte Zusammenkunft der Soldatenabgeordneten läßt keinen Zweifel, daß die überwältigende Mehrheit der Petersburgischen Garnison auf Seiten der Sozialisten steht. Der revolutionäre Militär auschuß demagogisierte sich des Zollamts.

Sozialrevolutionäre Dekrete.

Basel, 28. November. Gabas berichtet aus Petersburg: Die Regierung erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche Klassenunterschiede, Würden und Titel aufgehoben werden,

die Liegenschaften des Adels sollen den Gemeinwesen, die Güter und Liegenschaften der Kaufleute und Bürger den Gemeindebehörden übergeben werden.

In einem zweiten Dekret wurden die Revolutionskomitees angewiesen, alle Spekulanten zu verhaften und der Justiz zu überweisen.

Durch ein drittes Dekret wird eine halbjährige Kommission unter Vorsitz von Lunatscharski ins Leben gerufen, die sich mit dem Ausbau des öffentlichen Lebens unterrichts zu befassen haben wird.

Die Selbständigkeitsbewegung.

Unabhängige Republik Kaukasus. — Südöstliche Union.

Amsterdam, 28. November. Die „Times“ meldet aus Petersburg vom Freitag: Terechtschenko ist aus dem Kaukasus zurückgekehrt. Er teilte mit, daß sich dort ein neuer unabhängiger Staat gebildet habe. Die neue Republik hat schon ein Parlament von vierzig Mitgliedern gewählt, deren politische Richtung sich mit der der russischen Sozialisten deckt.

Eine Meldung aus Baku bestätigt das Ereignis und erwähnt, unter den 40 Sozialisten des kaukasischen Parlaments sei nur ein Bolschewist. Im Gebiete sei alles ruhig.

Amsterdam, 27. November. Der Berichterstatter der „Morning Post“ in Petersburg setzt alle Hoffnung auf Kaledin, der ein guter Freund der Alliierten sei und in Zukunft mit ihnen zusammenarbeiten werde. Der gewaltige Goldvorrat des russischen Reiches befindet sich jetzt in seinen Händen. Kaledin sei im Besitz der Haupterzgebiete. Das Dongebiet, ein großer Teil von Kleinasien, die Provinzen an der unteren Wolga und Turkestan seien unter dem Namen südöstliche Union vereinigt worden. Dieses Gebiet versorge ganz Rußland mit Lebensmitteln. Kaledin beherrsche die Lage, und diejenigen, denen er diene, würden keine Befehle von Kerenski, Lenin oder sonst jemand annehmen.

Das Regierungsblatt „Prawda“ teilt mit, daß Petersburg auf lange Zeit hinaus vor Hungersnot gesichert sei, da eine Anzahl Schiffe mit Getreide sich bereits auf der Rewa befinden. Die Ankunft dieser Schiffe wird auf die Wahlen einen günstigen Einfluß ausüben.

Die geheimen Dokumente der Entente.

Stockholm, 28. November. In der „Prawda“ vom 24. wird die Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringem Interesse. Am 5. März 1915 telegraphierte der Außenminister Sjanzon dem Votschafmeister in Paris über Englands Zustimmung zu Rußlands Wünschen betreffend

Konstantinopel

und sagt am Schluß des Telegramms, was Frankreich anbelangt: „Für mich persönlich, der ich das große Wort lauen zu Deffiance habe, sind die Bestimmungen, die er abgegeben hat, vollkommen genügend, aber die Kaiserliche Regierung muß wünschen, präzisiertere Forderungen über Frankreichs Zustimmung, daß unsere Wünsche ganz entgegenkommen wird, zu erhalten, gleich den Versicherungen, die England abgegeben hat.“

Am 7. März 1915 telegraphiert Sjanzon dem Votschafmeister in London u. a.: „Um den von den Alliierten gewonnenen Durchbruch durch die Dardanellen zu erleichtern, ist die Kaiserliche Regierung bereit, dazu mitzuwirken, daß Staaten, deren Mitwirkung Großbritannien und Frankreich nützlich erscheinen kann, auf vernünftiger Basis für diese Aufgabe engagiert werden.“

In einem Referendatum vom 13. September 1917 an die russischen Votschafmeister in Paris, London, Tokio, Washington und den Befanden in Stockholm spricht Terechtschenko über die

Abwicklung der Kornilowaffäre.

Er konstatiert u. a., daß die Kornilowaffäre wesentlich hervorgerufen worden ist durch gegenseitige Mißverständnisse, verursacht durch das Aufsteigen verschiedener mißlungener und apokrypher Zwischenhändler zwischen dem Hauptquartier und der Regierung. Ueber Kerenski's Ernennung zum höchsten Oberbefehlshaber wird gesagt, daß diese zur Behauptung der demokratischen Elemente und der Soldaten notwendig war. Der tatsächliche Leiter der Kriegsoperationen werde der zum Stabschef ernannte General Alexejew werden.

Ein Telegramm des Außenministers vom 9. Oktober an die gleichen Votschafmeister berichtet über die

Stimmung beim Zustandekommen des Vorparlaments, worin Terechtschenko eine wichtige Ergründung sieht. Er konstatiert einerseits die große Nachgiebigkeit der gemäßigten sozialistischen Leiter, aber auf der anderen Seite, daß die Extremisten großen Erfolg bei den Massen und den Katern haben, deren Bedeutung jedoch, wie er glaubt, stark herabgemindert werden werde.

In einem Telegramm an die gleichen Votschafmeister

nach Rigas Fall

sagt Terechtschenko, daß dieser starken Eindruck gemacht und erquickend gewirkt hat. Gleichzeitig sagt er, es nicht ausgeschlossen lassen zu können, daß die Mitteilungen von den alliierten Mächten nach Petersburg, insbesondere betreffend Äußerungen der Zeitungen über die Ereignisse an der russischen Front, in patriotisch gestimmten russischen Kreisen einen peinlichen Eindruck machten, „während man hier“, sagt er, „alle Anstrengungen macht, um die Entschlossenheit zu befestigen, den Krieg um jeden Preis fortzusetzen, und während die Stimmung in der Gesellschaft zugunsten der Bundesgenossen vorhanden ist, scheint die Meinung bei den letzteren gleichsam ihr Verlangen zu verweigern. Dies erregt hier Verwunderung, weil unsere Julioffensive und die durch sie veranlaßte Gegenoffensive trotz aller Mißgeschick die Deutschen gezwungen hat, an unserer Front größere Streitkräfte zu konzentrieren, als jemals vorher. Kerenski's Regierung hat dahin gestrebt, den Zustand faktischer Waffenruhe abzustreben, welcher im Frühjahr dem Feinde ermöglichte, Truppen von unserer Front auf die französische Front zu werfen, und diese Absicht ist voll erreicht worden.“ Terechtschenko hofft, daß Maßnahmen ergriffen werden können, um auf die allgemeine Meinung unter den Alliierten einzuwirken, wobei hervorgehoben werden müßte, daß kein Schwanken in Rußland hinsichtlich der Richtung der Außenpolitik herrscht, der zufolge der Krieg mit aller Kraft und in vollem Einvernehmen mit der Entente geführt werden müßte.

Am 30. September 1917 telegraphiert Terechtschenko an die Vertreter Rußlands in Paris, Rom und London: Aus Unterredungen mit den hiesigen Votschafstern der Alliierten, insbesondere mit dem österreichischen von ihnen, dem amerikanischen Votschafmeister, siehe ich den Schluß, daß unsere Bundesgenossen auf einer der letzten Konferenzen in Paris oder London ein Übereinkommen getroffen zu haben scheinen, betreffend eine Verteilung derjenigen Gebiete unter sich, die uns

Künftig materielle Unterstützung zur Fortsetzung des Krieges

gewähren müßten. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnverbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage ist für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, einen sinnlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, vollständig drohenden Charakter anzunehmen. Auf Grund hier von wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zu dem Vorschlag zu ergreifen, daß sie aktiver als bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunitäten teilnehmen möchten, wenn Bereitwilligkeit ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie deshalb, vorständig in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mir Ihre Eindrücke mitzuteilen.

Eine Aktion der Alliierten gegen Charbin?

New York, 27. November. (Neutermeldung.) Einem Telegramm aus Peking zufolge nimmt die Unordnung in Charbin zu. Die Fremden werden angegriffen und beraubt. Die Konsule haben den russischen Behörden mitgeteilt, daß sie, falls keine Bürgschaften für den Schutz der Fremden gegeben werden, englische, amerikanische und japanische Truppen herbeirufen werden, um in Verbindung mit den russischen und chinesischen Beamten die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Charbin ist der zentrale Stützpunkt der russischen Politik im chinesischen Osten. Erst im Frühjahr 1916 erzielte Rußland ein Abkommen, das sich auf eine direkte Verkehrslinie von Charbin nach dem Amurgebiet bezieht und den Zweck verfolgt, die wirtschaftliche Konkurrenz gegen das durch seine Lage bedrohte Japan wesentlich zu erleichtern. Japan hätte also ein nicht geringes Interesse, eine Charbin-Frage mitanzusetzen. Die „Unordnung“, die in Charbin herrscht oder herrschen soll, wäre ein bequemer Vorwand.

Der Oberste Kriegsrat tagt in Paris.

London, 27. November. Lloyd George ist heute vormittag nach Paris abgereist, um an der Sitzung des Obersten Kriegsrats teilzunehmen. Auch Venizelos ist nach Paris abgereist.

Rom, 27. November. (Telefonsendung.) Der Ministerpräsident Orlando, die Minister Nitti, Salvo und Bianchi sowie der Kommissar für das Flugwesen Ghisla sind am Abend zur Teilnahme an der Konferenz der Alliierten nach Paris abgereist. Sonnino hat sich schon gestern dahin begeben.

Die Affäre Malvy.

Paris, 27. November. (Havas.) Der Ausschuß für die Angelegenheit Malvy billigte mit 18 gegen 5 Stimmen die Beschlüsse, die durch den Bericht Jorjogots begründet waren, wonach Malvy zur Aburteilung dem obersten Gerichtshof überwiesen werden soll. Die Kammer wird den Bericht am 28. November besprechen.

Französische Phantasien.

Regien und die Züricher Tumulte.

Die Alliierten gefallen sich in der Uibernheit, Deutschland für die Züricher Katastrophe verantwortlich zu machen. Ja, der „Temps“ hat sogar schon den Haupttäter des Verbrechens als Genosse Regien, der Vorsitzende der gewerkschaftlichen General-Kommission. Vor einigen Wochen, sagt der „Temps“, hat Regien „zahlreiche Besprechungen mit Züricher Kameraden gehabt“.

Genosse Regien hat sich allerdings auf seiner Fahrt zur Berner internationalen Konferenz notgedrungen zweimal ein paar Stunden in Zürich aufgehalten. Das erstmal hat er, wie er uns mitteilt, überhaupt keinen Gewerkschafts- oder Parteibetreuer getroffen, das zweitemal hatte er mit einem alten Freund, dem Sekretär des Schweizer Gewerkschaftsbundes eine gemüthliche Unterhaltung. Was wird der „Temps“ sagen, Regien ist gekühdig, natürlich haben die beiden die Sache miteinander ausgebeutet. Lacht ihn doch —! Chauvinismus und Schwundel gehören nun einmal zusammen, und worüber die übrige Welt nur lacht, das ist für die Leser des „Temps“ die neueste Sensation.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 27. November. Im englischen Kanal wurden durch eines unserer Unterseeboote wiederum

12500 Br.-Reg.-To.

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein großer bewaffneter englischer Dampfer von über 5000 Brutto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Kapitän eines versenkten amerikanischen Handelschiffes gab, wie Wolffs Bureau meldet, an, daß jetzt in Amerika jedem Schiffsführer das Befähigungszugnis entzogen wird, wenn er sich weigert, durch das Sperrgebiet zu fahren.

Die Kämpfe um Bourlon.

Englischer Oberbefehl vom 27. November morgens. Während der Nacht unternahm der Feind wieder einen Gegenangriff gegen unsere Stellung in der Nordhälfte des Bourlon-Waldes. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. Von der übrigen Front nichts von besonderem Interesse zu melden. Das Wetter ist noch und fürnisch. — Abends. Heute früh bei Tagesanbruch führten östliche Angriffe unserer Truppen in der Nähe der Dörfer Fontaine-Notre Dame und Bourlon zu einem heftigen Kampfe. Der Feind, der Verstärkungen erdachten hatte, suchte unser Vorrücken mit großer Erbitterung aufzuhalten und der Kampf schwankte während des Tages hin und her. Wir haben unsere Linie vorgeschoben und über 500 Gefangene gemacht. Am Nachmittag verjagte der Feind einen Angriff auf die von uns gehaltenen Stellung in der Hindenburglinie auf dem Vorprung westlich Moutures, wurde aber durch unser Feuer zurückgetrieben. Die feindliche Artillerie zeigte wieder große Tätigkeit östlich und nordöstlich von Opreu.

Kleine Kriegsnachrichten.

Eine Konferenz der Neutralen. Der „Berliner Abend“ berichtet aus Stockholm: Ein Diplomat außer Dienst bezeichnet die Abhaltung einer Konferenz aller neutralen Staaten als nahe bevorstehend. Dieser Konferenz soll die Aufgabe zufallen, bei den kriegführenden Mächten gemeinsam eingzugreifen, um das irrationale Los der Neutralen zu mildern.

Eisenbahnverstaatlichung in Amerika. Washington, 27. November. Das Kriegsamt hat beschlossen, die Leitung aller Eisenbahnen östlich von Chicago und den Bahndrucker, ohne auf die Rechte der Besitzer Rücksicht zu nehmen, unter seine alleinige Kontrolle zu nehmen.

Groß-Berlin

Steigende Zeitungspreise.

Vom 1. Dezember ab erhöhen sämtliche Blätter, die in Berlin größere Verbreitung haben, ihren monatlichen Bezugspreis um 20-30 Pf. Zu diesem Vorgehen, das in der enormen Steigerung der Herstellungskosten begründet ist, hat sich, wie wir schon meldeten, auch der 'Vorwärts' entschließen müssen, er kostet fortan statt 1,20 M. 1,50 M. monatlich.

Zugleich werden, einem Beschluß der Vereinigung großstädtischer Zeitungsbereiter zufolge die Einzelpreise im Straßenverkauf, so weit sie noch 5 Pf. betragen, auf 10 Pf. erhöht. Damit wird der Preisunterschied zwischen der täglich im Einzelverkauf bezogenen und der abonnierten Zeitung größer. Viele, die sich bisher ihre Zeitung auf der Straße kauften, werden sie jetzt abonnieren. Hoffentlich wird das auch für die bisherigen Belegenheitsleser des 'Vorwärts' zutreffen, für die jetzt das Abonnement trag der kleinen Erhöhung noch eine Erspornis bedeutet. Wir begen die Zuversicht, daß die fortgesetzte starke Erweiterung seines Leserkreises, deren sich der 'Vorwärts' erfreuen darf, durch die unvermeidliche geringfügige Erhöhung des Bezugspreises keine Störung erfahren wird.

Die Hausbesitzer und Groß-Berlin. Sie wollen privilegiert bleiben!

Was würden von einer Zusammenfassung Groß-Berlins, wie der Bürgerausschuß Groß-Berlin sie will, die Hausbesitzer haben? Diese Frage wurde erörtert in einer vom 'Bund der Haus- und Grundbesitzervereine Groß-Berlin' einberufenen Hausbesitzerversammlung, die am Dienstag im Lehrervereinshaus stattfand und sehr stark besucht war.

Ueber die Bestrebungen des Bürgerausschusses sprach dessen Schriftführer, der Stadtrat Licht-Schöneberg, den der Bund um einen Vortrag gebeten hatte. Vom Standpunkt des Hausbesitzers beleuchtete er die Schäden der Zerstückelung Groß-Berlins in diese gegeneinander arbeitenden Einzelgemeinden und den Vorteil für die wichtigsten Gemeinschaftsaufgaben erstreckten Verwaltungsgemeinschaft. Die aus der Zerstückelung den unmittelbaren Einzelgemeinden entstehenden schwereren Lasten übernehme doch in wesentlichen der Grund- und Hausbesitz durch die ihm auferlegte höhere Besteuerung, damit nicht die Gemeindefiskuslasten zu hoch steigen und die Wohlhabenden fernhält. Solche und ähnliche sich mehrfach wiederholende Hinweise auf den Geldbeutel des Hausbesitzers fanden den Beifall der Zuhörerschaft, im übrigen aber schied sie in ihrer Mehrheit, nach den mitunter recht unfreundlichen Zwischenrufen zu urteilen, dem Bürgerausschuß noch starkes Mißtrauen entgegenzubringen. Für den Vorstand des Bundes der Haus- und Grundbesitzervereine Groß-Berlin erklärte Handelsrichter Eisenberg-Wilmersdorf die Bereitwilligkeit zur Unterstützung des Bürgerausschusses, nachdem dieser zu erkennen gegeben habe, daß nicht Eingemeindung sein Ziel sei. Von der Leitung des Bürgerausschusses müsse man aber erwarten, daß 'Personlichkeiten mit bodenreformistischen und nichthausbesitzerfreundlichen Reigungen in den Hintergrund treten.' Bürgermeister Behend-Orff-Lantow forderte für die Einzelgemeinden die Wahrung starker Selbstständigkeit und für die Hausbesitzer die Sicherung ihres bisherigen Einflusses auf die Gemeinden. Prof. van der Vorst, Direktor des Wirtschaftsbundes für deutsche Haus- und Grundbesitzer vermittelte eine Erklärung des Bürgerausschusses darüber, nach welchem Verfahren die Vertretung der Gesamtgemeinde Groß-Berlin durch ihre Gesamtbürgerchaft gewählt werden soll. 'Soll es etwa', fragte er, 'das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht sein, das uns jetzt für den Landtag befreit wird? Dann danke ich dafür, dann werden die Interessen des Haus- und Grundbesitzes nicht mehr gewahrt!' Von einer Vertiefung der Ziele des Bürgerausschusses habe der Haus- und Grundbesitzer, führte Rechtsanwalt Walther aus, die Lösung des Problems der Beschaffung zweifelhafter Hypotheken zu hoffen, die nur in einer Gesamtgemeinde möglich ist. Herr Ladendorff, Vorsitzender der Wirtschaftlichen Vereinigung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, bewies, daß der Bürgerausschuß dem Hausbesitzer dienen wolle. Auch machte er sich Sorgen wegen des künftigen Gemeindefiskus und des Hausbesitzerprivilegs und sagte, daß 'jetzt das Wort 'Demokratie' alle Welt hypnotisiert.' Wenn die Kommunen', rief er aus, 'baldige Wahlrecht bekommen, wie jetzt Preußen, dann bringen wir nicht mehr einen einzigen Vertreter hinein!' Ein Zwischenrufer meinte: 'Lauter Sozialdemokraten!' Ladendorff verlangte zum Erlaß für das Hausbesitzerprivileg — ein 'Ständerecht', wonach mindestens ein Drittel der Stadtratsmitglieder aus den Hausbesitzern und nur durch sie selber zu wählen seien. Kann einer mehr verlangen? Unter stürmlichem Beifall schloß er: 'Sollen Sie dem Bürgerausschuß nur dann, wenn er erklärt, daß er die Interessen des Hausbesitzes wahren will.'

In der Diskussion ergriß Verbandsdirektor Steiniger das Wort zu einer öffentlichen Bekräftigung des Bürgerausschusses und seiner Ziele, nach deren Verwirklichung den Einzelgemeinden kaum noch eine nennenswerte Aufgabe überlassen werde. Kommerzienrat Haberland erklärte mit der Offenheit, die ihn auszeichnet, daß Hausbesitzer interessiert nur die eine Frage, wo der Hausbesitz bleibt! Zu einer durch Eisenberg vorgelegten Entschließung des Bundesvorstandes, die grundsätzlich sich für eine gewisse Arbeitsgemeinschaft der Groß-Berliner Gemeinden ausspricht und dem Bund hierzu die Einsetzung eines eigenen Studienausschusses empfiehlt, beantragte Haberland einen Zusatz bezüglich des Wahlrechts. Er forderte volle Wahrung der Rechte, die dem Hausbesitz jetzt in Stadtverwaltung und Stadvertretung zustehen. Sonst würden Sie Ihre Messer selber! warnte er. Herr Wege, Vorsitzender eines Grundbesitzervereins, wollte selbst mit dem Rat der Entscheidung nicht annehmen. Die Berliner Hausbesitzer seien 'nicht dumm genug', sich als 'Vorspann für die Schöneberger Ideen' benutzen zu lassen. Im Schlußwort erwiderte Stadtrat Licht, der Bürgerausschuß sei keine Schöneberger Gründung und bedürfe keine Parteirückung.

Die Versammlung nahm dann die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung samt dem das Hausbesitzerprivileg festhaltenden Zusatz Haberlands mit großer Mehrheit an.

Keine Erhöhung der Kartoffeleration?

Eine Korrespondenz teilt mit: Auf eine Anfrage, ob es sich nicht ermöglichen lasse, die wöchentliche Kartoffelmenge auf 10 Pfund zu erhöhen, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts folgende Antwort erteilt:

Eine Erhöhung des gegenwärtigen Kartoffel-Wochenkopffrages von sieben Pfund ist nicht möglich. Nach dem vorläufigen Ergebnis der gegenwärtig einer Nachprüfung unterliegenden Erntermittelung erscheint es zweifelhaft, ob die in bezug auf den Ausfall der diesjährigen Kartoffelernte geübten Erwartungen sich tatsächlich in vollem Umfange erfüllen werden. Jedenfalls steht aber der bereits festgesetzte Kartoffelbedarf der Volksernährung und der Kartoffelindustrie schon bei Zugrundelegung des Tages von 7 Pfund unter Berücksichtigung eines weiteren Pfundes als Ausgleich für die entstehenden Schwundverluste an die Kartoffelbörse so hohe Anforderungen, daß die durch eine Erhöhung des Verbrauches bedingte neue Lieferungslast von den Lieferbezirken tatsächlich nicht mehr aufgebracht werden könnte. Die Durchführung einer

Heraufsetzung der Wochenkopfmenge würde aber auch an den bestehenden Verkehrs- und Betriebschwierigkeiten, vor allem an dem Mangel verfügbarer Eisenbahnwagen und an der Unmöglichkeit, während der Frostperiode die Beförderung von Speisekartoffeln vorzunehmen, scheitern. Da im übrigen mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß im Laufe des Wirtschaftsjahres die Knappheit des Brotgetreides zu einer Erhöhung des derzeitigen Prozentsatzes des Streckungsmaterials zwingt, und daß an anderen Lebensmitteln Ausfälle eintreten, so muß aus den noch vorhandenen Kartoffelüberschüssen eine Reserve gebildet werden, um mit deren Hilfe kommende Bedarfsfälle decken zu können.'

Soweit die Meinung. Wir halten sie zunächst noch für unwahrscheinlich, weil wir der Auffassung sind, daß bei der reichen Kartoffelernte unbedingt eine Erhöhung der Ration durchgeführt werden kann. Daß die vorläufigen Ernterergebnisse nicht besonders gut ausfallen, war vorauszu sehen, da die Landwirte Kartoffeln zur Viehfütterung zurückbehalten wollen. Solange noch Kartoffeln in den Großbetrieben marktfrei zentnerweise abzugeben und zum Preise von 15 bis 20 M. pro Zentner in Berlin und den Vororten im Schleichhandel vertrieben werden, wird man der Bevölkerung nicht zumuten können, mit 7 Pfund pro Kopf und Woche auskommen zu sollen. Schon jetzt gehen und von Kriegsernährung bewegliche Klagen zu, daß sie mit ihrem Kartoffelquantum nicht auskommen und sie sich infolgedessen gezwungen sehen, um die Kinder nicht hungern zu lassen, ihre eiserne Portion für die Winterverjorgung in erheblichem Maße anzugreifen. Was soll dann später erst werden?

Schokoladenverteilung an Kinder.

Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die in der Zeit vom 1. August 1908 bis 31. Juli 1907 geboren sind, einmalig je etwa 100 Gramm Schokolade in Tafeln, und zwar auf Grund von Bezugsscheinen, die von den Brotkommissionen bis zum 8. Dezember abzuholen sind.

Ferner erhalten Kinder, die in der Zeit vom 1. Januar 1912 bis 31. Dezember 1913 geboren sind, einmalig je etwa 125 Gramm Schokoladenpulver, ebenfalls auf Grund von Bezugsscheinen, die in derselben Zeit von den Brotkommissionen in Empfang genommen werden können. Es erhalten: die in der Zeit vom 1. 8. 06 bis 31. 7. 07 geborenen Kinder grüne Bezugsscheine auf Schokoladentafeln, die vom 1. 8. 03-31. 7. 06 geborenen Mädchen, die vom 1. 8. 04 bis 31. 7. 05 geborenen Mädchen und die vom 1. 8. 03-31. 7. 04 geborenen kleine Bezugsscheine. Weiterhin erhalten: die in der Zeit vom 1. 1. 13-31. 12. 13 geborenen Kinder gelbe Bezugsscheine auf Schokoladenpulver, die vom 1. 1. 12-31. 12. 12 geborenen braune Scheine.

Die Ausgabe der Bezugsscheine durch die Brotkommissionen für alle fünf Jahrgänge erfolgt gleichzeitig. Die Anmeldung sämtlicher Bezugsscheine hat in den durch braune Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäften in der Zeit vom 8. Dezember bis 8. Dezember zu geschehen. Die Geschäfte sind bei den Brotkommissionen bekannt, auch an den Anschlagtafeln veröffentlicht. Die Ausgabe der Schokoladentafeln auf: grüne Bezugsscheine erfolgt vom 11.-13. Dezember, Mädchen vom 14.-16., rosa vom 18.-20., braune vom 21.-24. Dezember. Die Ausgabe des Schokoladenpulvers auf gelbe Bezugsscheine vom 18. bis 20. Dezember und auf braune vom 21.-24. Dezember.

Kleine Anfragen.

13. Einige im Oststranßenhaus Lillier Straße liegende Patienten äußerten neulich die Absicht, auf den 'Vorwärts' zu abonnieren. Als einer der beiden dort amtierenden Ärzte dies hörte, entgegnete er, dieses Blatt dürfe nicht in das Krankenhaus hinein! Es würde uns lebhaft interessieren, von dem betreffenden Herrn zu erfahren, aus welchen zwingenden Gründen er sich dem 'Vorwärts'-Besitz der Unabhängigen ange-schlossen hat.

Der Nord an der Kartoffelmiete in Schönefeld ist jetzt vollständig aufgeklärt. Der Schlosser Max Zwilling, der nach der Verhaftung in seiner Wohnung gleich nach dem Neufällner Postgepräbium gebracht wurde, legte dort nach anfänglichen Leugnungen im Laufe des Verhörs gegen 6 Uhr abends unter allen Zeichen der Reue endlich das Geständnis ab, daß er seine Frau um das Leben gebracht habe, um seine Frau heiraten zu können. Zwilling fuhr schon am Montag voriger Woche mit seiner Frau nach Schönefeld, um sie dort zu ermorden. Wie er sagt, fand er aber damals nicht den Mut zur Tat und kehrte mit der Frau nach Berlin zurück. Am Donnerstag machte er die Fahrt mit ihr zum zweitenmal, jetzt so, daß er in der Dunkelheit draußen war. Während nun die Frau vor der Kartoffelmiete niederfiel, schlug er sie mit einem einen Meter langen, vier Zentimeter dicken Anzügel viermal über den Kopf. Als er sah, daß sie tot war, warf er sie in einen Graben neben der Miete und bedeckte die Leiche mit Kartoffelkraut zu. Zwilling macht den Eindruck eines kranken Menschen. Er sagt, daß er oft nicht klar denken könne. Der Verhaftete war im Felde mehrmals verwundet worden und wurde dann auf der Werts beschäftigt. Seine Frau wollte, daß er verheiratet war. Als er sie jetzt noch Berlin mitbrachte, erklärte er ihr, daß sie ihm die Wirtschaft führen könne, weil seine Frau nicht wiederkam.

Eine sechsöpfige Bande 12-14jähriger Diebe, die in Neufälln mit großer Dreistigkeit und gutem Erfolge 'arbeiten', ist von der dortigen Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. In Neufälln wurden seit einiger Zeit fortgesetzt am besten Lage Diebstähle verübt, namentlich wurden Kleidungsstücke, Lebensmittel usw. gestohlen. Jetzt ist es gelungen, die Spitzhaken zu ermitteln. Die Verbrechen hatten sich zu gemeinsamen Raubzügen zusammengesetzt. Sie haben auch zahlreiche Diebstähle auf dem Neufällner Wälderbahnhof verübt und dabei erhebliche Mengen an Lebensmitteln erbeutet. Eine Spezialität der Jungen waren Zuckerdiebstähle, die sie bei 'ansehenden' Frauen verübten. Die erbeuteten Gegenstände verkauften die jungen Diebe und führten aus dem Erlös ein stotres Leben. Seit längerer Zeit waren sie den ertörlichen Wohnungen ferngeblieben und nächtigten meist auf Hausböden.

Notizen. Eine Mitteilung und schließlich Mitteilung der St. L. gutpexer soll, wie amtlich mitgeteilt wird, in weitem Umfange stattfinden, sobald die Anordnungen meißel nachlassen, die die Lebensmittelbeförderung an die deutschen Dänen stellt. — Der Minister des Innern hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Polizeikunde für 1918 ha, 'so sich betriebe Bedenken nicht ergeben', allgemein von 10 auf 10^{1/2} Uhr abends ausgedehnt werden kann. — Eine von der Bereinigung der Gläubigerschreibenden und dem Verband unabhängiger Gläubigerfabrikanten einberufene Versammlung behloß, den Gläubigerpreis pro Stück um weitere 10 M. zu erhöhen.

Neufälln. Gegen den Wucher. In geheimer Sitzung beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag mit vorbereitenden Maßnahmen, um bei der Regierung eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln durchzuführen. Von allen Seiten wurde betont, daß der Schleichhandel jetzt einen derartigen Umfang angenommen hat, daß es vor allem den Arbeitergemeinden nicht mehr möglich ist, die nötigen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen heranzuschaffen. Eine Kommission, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und drei Stadtverordneten, soll nochmals mit den Regierungsbehörden verhandeln. In der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Dezember soll dann über diese Verhandlungen Bericht erstattet werden.

— Volkstümliche Vorträge. Zum Veberrufen am 30. November in der Aula der Realschule, Bobbinstr. 34/41, wird der jugendliche Tenor der königlichen Hofoper Peter Strauß neben Liedern von Schubert, Schumann, Grieg, Brahms, Strauß und Raut, die Ari des Rag aus der Oper 'Der Freischütz', sowie das Liebeslied aus

'Die Wälfäre' vortragen. Außerdem wird Herr Professor Mayer-Kabr, welcher die Veleitung übernommen hat, noch die H-moll-Rhapsodie von Brahms zu Gehör bringen.

Tempelhof. Für den Bürgermeister — gegen die Sozialdemokratie. Eine außerordentliche Gemeindevorversammlung, einberufen auf Antrag der sämtlichen bürgerlichen Gemeindevertreter, beschäftigte sich am Montag mit dem einzigen Verhandlungsgegenstand: Erklärung der Gemeindevorordneten Richter und Genossen betreffend Erwerb der Englischen Gasanstalt. Nach der Erklärung des Bürgermeisters in der vorigen Sitzung — er werde eine Debatte über seine Stellung als Kreisabgeordneter oder aber eine Abstimmung über Billigung oder Nichtbilligung seiner Stellungsnahme zur Gasanstaltsfrage als solcher nicht zulassen — durfte man erwarten, daß es zu einer Auseinandersetzung zwischen Reichelt und Bürgermeister kommen würde. Das war aber nicht der Fall. Vielmehr handelt es sich darum, dem Bürgermeister ein Vertrauensvotum für seine Haltung in der Gasanstaltsfrage auszusprechen. Und so durfte denn der Gemeindevorordnete Dr. Richter dem Bürgermeister unbedenklich versichern, daß die bürgerlichen Gemeindevorreter seine Stellungsnahme billigen. In der Einwohnerchaft habe auf Grund der Zeitungsbekanntmachung über die letzte Sitzung der Gemeindevorsetzung eine gewisse Erregung Platz gegriffen, weil aus diesen Berichten entnommen werden konnte, die bürgerlichen Gemeindevorreter hätten den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners zugestimmt und wollten ebenfalls den Bürgermeister als Kreisabgeordneten nicht wiederwählen. Als Ausdruck der Meinung der bürgerlichen Gemeindevorreter schlug Redner eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution vor. Gen. Ewald beleuchtete zunächst das Verhalten des Bürgermeisters, der erst, als die Stellung eines Teiles der bürgerlichen Gemeindevorreter noch ungewiß war, eine Debatte oder Beschlußfassung über seine Stellungsnahme im Kreistag nicht zuließ; aber jetzt, nachdem er schließlich, daß sich die Beschlußfassung zu seinen Gunsten gestalte, nichts dagegen einzuwenden habe. Eine Erregung in der Bürgerschaft sei in ganz anderer Beziehung vorhanden, nämlich darüber, daß die Gasanstalt, damit die Vergütung des Kaufobjekts gedeckt werden könne, das Gas teurer bezahlen müßten. Aus der Fassung der vorgeschlagenen Resolution gehe hervor, daß damit das in der vorigen Sitzung durch die Erklärung des Bürgermeisters verhinderte Vertrauensvotum nun noch nachträglich zustande kommt. — Die vorgeschlagene Resolution wurde sodann mit allen gegen die Stimmen der fünf Sozialdemokraten angenommen.

Friedrichshagen. Narmeladenverkauf. Heute gelangt auf 25-Schnitt 20 der grünen Lebensmittelliste je ein Pfund zum Preise von 10 Pf. zum Verkauf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Versammlung der Sozialdemokratischen Vereinigung Groß-Berlins findet Sonntag, den 9. Dezember, mittags 12 Uhr, im Zirkus Schumann, Karlsru. 39, statt. Die Reichstagsabgeordneten Rob. Schmidt, Richard Fischer, Wilh. Pfannkuch, Ph. Scheidemann sprechen über: 'Unsere Ernährung, Deutschlands Demokratisierung, Die Vaterlandspartei, Der Verständigungsfrieden'. Eintritt nur gegen Karten! Kartepreis 20 Pf. Die Ausgabestellen für die Karten werden am Sonnabend bekannt gemacht werden.

Berichtszeitung.

Ueberfall auf eine bejahrte Frau.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. das gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Buddenberg tagte, standen vier junge Burken, von denen zwei erst 15 Jahre sind und kaum über die Schwänke hinübersehen können, während die beiden älteren 20 und 22 Jahre alt sind. Die Anklage klingt wie ein Kapitel aus einem blutigen Hinterstübenroman; sie richtet sich gegen den Schlosser Karl Rothdurst, den Mechaniker Wilhelm Knösch und die beiden Arbeitsburken Jademach. Letztere beiden sind ihren Eltern entlaufene Taugensicht, die sich in Berlin herumirren und hier die beiden älteren kennengelernt und sich mit ihnen zu dem unter Anklage stehenden toten Raubzuge verbunden haben. Die 26 Jahre alte Witwe Maria Günther in Eggersdorf-Hohenfisch beobachtet daselbst ein aus Weitem errichtetes Sommerhäuschen und ein daran anschließendes Laubenzand. Sie war früher Händlerin in Berlin und ernährte sich durch den Verkauf der Errögnisse ihres Landes, durch den Verkauf von Milch, Eier und dergleichen. Am 10. März früh erschien sie, den Kopf mit blutigen Wunden bedeckt, in dem Gasthof 'Zum hungrigen Wolf' und bat den Gastwirt, an den Genatmen zu telefonieren. Nach ihrer Angabe sei sie in der Nacht von vier jungen Burken, die durch Ausschließen der Tür, während sie schlief, sich Einlaß verschafften, überfallen, herabst und schwer verwundet und mißhandelt worden. Der bejahrte Genatmen hat die vier Angeklagten auf dem Bahnhof Ströndberg festgenommen; sie trugen verschiedene der Frau Günther geraubte Sachen bei sich: einen Gummischuh und die Laube eines Porzobades, Stoff, eine Gardinenkur, eine Handtasche, Schmuckstücke, eine Lederuhr, ein Portemonnaie, einen Spiegel, ein Kreuz mit Kette, 143 Gramm Wurz, 100 Gramm Ruchschokolade u. a. — Nach der Darstellung der Frau Günther hat sie sich am 8. und 9. März zum Zweck von Besorgungen in Berlin aufgehalten; sie sei abends nach Ströndberg zurückgefahren und von dort nach Hause gelaufen. Gegen 1 1/2 Uhr nachts sei sie zu Bett gegangen. In der Erinnerung am Morgen sei sie plötzlich von den vier Angeklagten, die ihr gänzlich unbekannt seien, überfallen worden. Der erste habe ihr mehrere mächtige Schläge auf die Stirn und die rechte Kopfseite versetzt, der ganz junge Bläcke habe mit einem Rasenbeil auf sie eingeschlagen und dabei geschrien: 'Laß das Gas nicht hoch, mach sie tot, schloß sie tot; sie darf nicht raus, sie muß erst sagen, wo sie Geld und Güter hat.' Darauf habe Rothdurst mit ihrer Art ebenfalls gegen ihren Kopf eingeschlagen. Aus dem Nebenzimmer erschall dann der Ruf: 'Jetzt ist sie tot, jetzt packen wir zusammen und machen, daß wir fortkommen!' Die Angeklagten seien dann in die Stube zurückgekehrt und als sie sich noch bewegte, habe der kleine Bläcke geschrien: 'Das Gas lebt ja noch; wir müssen sie tot machen, stoß sie in die Kabaune!' Der Angeklagte Rothdurst schwang einen Dolch und drohte, sie totzuschlagen, sobald sie sich regen würde; auch Bläcke habe ein Messer in der Hand gehabt. Einige Angeklagte hätten unter weiteren Drohungen Geld und Güter verlangt und ihr immer wieder in Aussicht gestellt, sie 'kaltzumachen'. Dann haben die Burken die Wohnung durchsucht und die Sachen gestohlen. Bläcke und Rothdurst banden ihr mit einer Wäscheleine die Hände zusammen und dann den Oberkörper an das Bett fest; das letzte Ende des Strickes schlangene sie um den Kiesel des Kleiderständer; dann entfernten sie sich. Der Frau Günther gelang es bald, sich zu befreien. Sie ist in das Krankenhaus St.-Landsberg gebracht und dort vom Sanitäter Dr. Gupius behandelt worden. Sie hatte sechs schwere Wunden bei dem Ueberfall davongetragen. — Die Verhandlung ergab nur unaussprechbare Widersprüche. Die Angeklagten gaben zu, auf die Frau Günther eingeschlagen zu haben, bestritten aber, zum Zweck eines Raubüberfalls der Frau

Das fremde Mädchen.

Novelle von Curt Mordé.

Sie hieß Juanita, als sie noch auf der Goldküste der Residenz in der ersten Reihe saß. Aber nun hieß sie schon lange Johanna, Fräulein Johanna Minkerbom, und wohnte am Anfang der Schimmacherstraße, wenige Schritte vom alten Marktplatz der kleinen Stadt, von der sie einst ausgegangen, und so hatte ihr Dasein den ganzen Kreis des Lebens beschreiben und geschlossen.

Damals war sie in die kleine Stadt zurückgekommen nach vier- undzwanzig Jahren. Um diese Zeit hatte man unten am Fluß den kleinen Bierhag angelegt, seine schlanke Säulen eingeschlagen. Jetzt wanderten abends die Liebenden des Städtchens schon in ihrem Schutze, wenn der Fluß zutraulich aufblinzelte und die Ebene dämmerte.

In einem Kutschabend war Johanna Minkerbom wieder einem Liebespaar zur Stadt hinaus gefolgt. Die beiden gingen den Weg, der am Fluß dahinterziehenden Fluß hinab zum Birkengehölz führte, ziemlich stumm. Der junge Mann schaute manchmal sonderbar lange in den Himmel, der abenddunkel und mit verflochtenen Sternen über der Erde lag, und in dem vereinzelte Sternchen schwarz aufglommen.

Endlich war der junge Mann nach einem gepinseligen qualvollen Zurückblicken davongegangen, während das Mädchen mit der rote seines Herzens zurückblickte und sich an einen Baum gelehnt, seinem Jammer überließ. Welches Mädchen hieß Johanna Minkerbom an die Weinende heran. Sie fühlte es wie eine Pflicht in sich, die Wunden ihrer jungen Schicksalsgenossin mit der gelassenen großen Güte ihrer alten Hände sanfterhaft zu pflegen und zu heilen.

„Ich hab' schon gehört, daß bald eine Verlobung sein soll...“ Grahlert, der Herr von Solms war mit immer ein guter Chef, schad, daß er nicht mehr bei uns ist... na, was war, kann wiederkommen... Hab' aber nur denkt, daß er für die Jungfer zukünftige Braut auch eine Einladung erwirkt hat bei der Baroinn von Dury. Sie ist doch so gut bekannt mit ihm, sagt man...“

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

„Jungfer Regina“, begann er, auf den Epigonenstich deutend, den sie in der Hand hielt. — „Sie puzt sich wohl schon für morgen zur Einweihungsfest der Französischhölle. Sie geht wohl hin, geladen von der Baroinn, he?“

„Ich hab' schon gehört, daß bald eine Verlobung sein soll...“ Grahlert, der Herr von Solms war mit immer ein guter Chef, schad, daß er nicht mehr bei uns ist... na, was war, kann wiederkommen... Hab' aber nur denkt, daß er für die Jungfer zukünftige Braut auch eine Einladung erwirkt hat bei der Baroinn von Dury. Sie ist doch so gut bekannt mit ihm, sagt man...“

„Ich hab' nicht gewußt, daß sie Baroinn ist — von der Baroinn Dury...“ Sie ist's erst seit kurzem, das heißt, jetzt ist's erst rauskommen, daß sie's ist. Der Herr Statthalter selber hat gesagt, daß sie's ist... Also die Jungfer war schon dort — ein sehr vornehmer Haus, mit wahr'?

vorüberkommen und aus einem Fenster ein breites Lichtband über die Straße fiel, da ward die Fremde der Führung der alten Anbesamten inne und ein großes Verwundern verdrängte ihr Augenblicke den Schmerz aus ihrem Bewußtsein. Sie schaute mit großer verwirrten Augen auf ihre Begleiterin, deren Arm sie entlassen war, dann wartete sie einen verlorbenen Augenblick, und wieder schlug der dunkle, wallende Mantel der Herzensnot um sie zusammen. Johanna Minkerbom schlang ihren Arm um die Weinende und sprach gütig auf sie ein. Sie fand ferne, seltsame Worte der Liebe. Und dann standen die beiden Frauen vor dem kleinen Hause in der Schimmacherstraße, die Alte schloß die Haustür auf, und wüstenlos ließ sich die Junge in den finstern Flur ziehen.

„Gold aber erwachte sie von einem leisen Geräusch aus ihrem freundlichen Traume. Von einer plötzlichen Angst befallen, stand die Erwachte auf und schlich in die Kammer hinüber. Da erblühte sie das leere Bett, die in der Dunkelheit hell schimmernden Kissen, die zerwühlten Decken. Wie in einer Schwärze starrte Johanna vor sich hin und suchte einen Gedanken zu fassen; dann raffte sie sich entschlossen auf, warf ein großes Tuch um die Schultern und tastete sich die finstere Treppe hinab auf die Straße, die in Stille und Räucherlichkeit lag. Von der Fremden war keine Spur zu sehen. Mit kurzen angestrengten Schritten trippelte die Alte die Gasse hinaus zum Markte. Als sie um einen Hausvorhang bog, sah sie am Ende eines Straßenlaufs die beste Gestalt der Fremden vor sich. Sie hastete nicht; sie ging wie einer, der unsicher unbeladene Wege entlang führt und des Zieles noch ungewiß ist.

„An verblästem Häuserflurten gingen sie nebeneinander dahin. Ein lauer Frühwind kam aus der Ebene daher geblasen und taumelte im hohen Grade des Fußbodens. Er ließ das Wandhaar des jungen Weibes um den bloßen Hals riefeln und ein paar große reine Augen öffneten sich seinem gelinden Kuss mit verwundernden Blicken. Die große Begleiterin hatte einen Arm um das Mädchen's Hüfte geschlungen und hielt seine schlaffe herabhängende Hand in der ihren. Sie fühlte das junge Blut in den Adern fließen und pochen und ihr Herz erstarke am Wiederaufleben dieses fremden Lebens. Vorwärts schritten sie weiter und überholten die letzten Häuser am Fluß. Auf einer Bank liehen sie sich nieder. Dankbar schaute die Gretchen dem blauen Hellswerden der Fernen entgegen und ihre Finger spannten sich glücklich um die junge zarte Hand des Mädchens, das den Kopf auf die Brust gelehnt in das rauschende Vorüberstreifen des Stromes starrte, als liege in seiner starken umreißen Gewalt das Geheimnis ihres Lebens. Endlich aber senkte es tief und ließ die Augen auf dem silberblühenden Schmelz der Alten ruhen, es drängte den heftig atmenden Körper an ihre Schulter, und dann löste sein tiefer einsamer Schmerz sich in einem heißen Tränensturz. So schmolz die Herzensnot im endlichen Schicksalsbegreifen lautlos dahin und überann warrend die Hände der greisen Helferin. Und während das Weinen den jungen schönen Körper in Lebenswellen erzittern ließ, blühte die Alte stumm und gütig in das anquellende Sommerlicht des Morgens.“

Der Farbensinn der Tiere.

Das Verhältnis des Menschen zur Natur ist im Laufe der Jahrhunderte einer bestimmten gesetzmäßigen Entwicklung unterworfen. Auf einer gewissen Stufe betrachtet der „Bibel der Schöpfung“ die ganze übrige Natur nur von seinem egoistischen Standpunkt des Augen aus. In der Bibel kommt das sehr geistig und selbstbewußt zum Ausdruck: alles ist für den Menschen geschaffen. Die Blumen duften zu seiner Freude, die Früchte reifen für ihn, die Tiere sollen ihm dienen. Auf einer höheren Stufe erfährt der Mensch, daß die Natur ihre eigenen Gesetze und Zwecke hat. Aber er sieht diese noch im seiner menschlichen Auffassung in sie hinein. Die schönen und auffälligen Blütenfarben, die Schmuckfarben der Tiere müssen natürlich Sinn und Bedeutung haben und Augen fesseln; sie sollen die Insekten zur Befruchtung, das andere Geschlecht zur Paarung anlocken.

„Ich war noch nie dort. Und ich weiß auch nicht, warum ich hingehen soll!“, sagte sie plötzlich trotzig, weil sie auf einmal Widerwillen empfand. „Ist Herr v. Solms denn oft dort?“ Der Portwein kam. Best trank — und dachte währenddem über die Antwort nach. „Herr von Solms ist doch, wie man so sagt, der Protokolle von der Madame, kennt sie ja wohl schon von München her. Das wird die Jungfer ja besser wissen als ich. Aber der Herr Vater wartet auf mich. Also schönsten Dank und Gruß Gott.“ Regina mußte sich sehen als sie allein war. Und legte auf einmal die Hände vor die Augen — jetzt weinte sie bitterlich. Natürlich, Reinhard hatte ihr alles das verschwiegen, also betrog er sie, denn er liebte sicher jene sinnbeforende Frau, die so schön sang und so kokett war... Ihr Herz war zum Brechen voll. Oh, ihre Ahnung. Jetzt blühte sie klar. Darum hatte sie solchen Widerwillen gegen die geheimnisvolle Hand, die ihn beschloß... Hui, die Kattresse des Statthalters! Fast schamrot wurde sie bei dem Gedanken, mit einer solchen Person zu rivalisieren. In jeder Sekunde schossen nun neue Einsichten auf. Jetzt begriff sie auch, warum Reinhard schlecht vom Vater Guardian sprach. Der war ja vom Statthalter aus der Pfunde getan worden — dem mußte natürlich auch diese welsche Person gram sein... Ihre glückliche, unschuldsvoll reine Welt des Vertrauens brach in ihr zusammen. Man konnte mirlich seinem Mann vertrauen. Und sie wandte mehr denn sie ging zurück in den Garten. Dort herrschte unfreundliche, graue Dämmerung und der Himmel sah verschlossen, hart und leer herunter. Diese Dämmerung aber verhüllte ihre Mienen, und so merkte die gute Tante nicht von ihrem Schmerz und sagte eifrig: „Wud, Regerte, grad hör' i von der Marie, der Vater Guardian hat vom Statthalter ein Benefiz bekommen, die

Blumen duften zu seiner Freude, die Früchte reifen für ihn, die Tiere sollen ihm dienen. Auf einer höheren Stufe erfährt der Mensch, daß die Natur ihre eigenen Gesetze und Zwecke hat. Aber er sieht diese noch im seiner menschlichen Auffassung in sie hinein. Die schönen und auffälligen Blütenfarben, die Schmuckfarben der Tiere müssen natürlich Sinn und Bedeutung haben und Augen fesseln; sie sollen die Insekten zur Befruchtung, das andere Geschlecht zur Paarung anlocken.

„Auf der dritten Stufe, der wir uns jetzt nähern, lernt der Mensch begreifen, daß wir unsere Gefühle und Zwecke nicht in die Natur hineinlegen dürfen. Daß wir sie sozusagen mit ihren eigenen Augen betrachten müssen. Unter den Tausendern, die hierbei durch ihre Fragestellungen fruchtbar Vorarbeiten geleistet haben, steht Prof. v. Hek aus München obenan. Er hat durch lang erdachte, aber im Grunde einfache Experimente auf dem Gebiete des Farbensinnes der Tiere zunächst einmal festgestellt, wie sieht das Tier das, was wir als Farbe empfinden.

„Über diese Forschungen ist hier des öfteren berichtet worden. Aber nun hatten wir am Dienstag in einem vom Wissenschaftlichen Verein in der Urania veranstalteten Vortrag Gelegenheit, an der Hand der ganz vorzüglichen Licht- und Bewegungsbilder des Prof. Hek seine Methoden genau kennen zu lernen und seinen eigenen Worten zu folgen. Wie sehen die Tiere die Farben? Kaimenwelle hat man angenommen: wie wir. Aber nach den Untersuchungen von Prof. Hek, der als Augenarzt hierzu besonders berufen ist, sehen nur die höheren luftlebenden Wirbeltiere Farben wie wir, was am Affen z. B. experimentell nachgeprüft ist. Von den Vögeln abwärts sind die niederen luftlebenden Wirbeltiere blaublind. Reizbare Dorschelchen in ihrer Reizbarkeit lassen die blauen Löse nicht durch. Alle Fische und Wirbellosen (also besonders die selbst so farbig angelegten und die farbigen Blumen besuchenden Insekten) sind total farbenblind und unterscheiden nur Hellstimmungsunterschiede. In zahllosen Beispielen wurde uns im Saal vorgeführt, wie Fische, Vögel, Kraken nur von Hell und Dunkel beeinflusst werden. Operiert man mit dem Spektrum an ihnen, so suchen sie ausschließlich die hellste Stelle, die für Farbenblinde im Grün liegt, auf. Bei den Fischen hätte überhaupt das Farbensehen keinen Zweck, da in 5 Meter Tiefe bereits das Wasser fast alle Farben (außer Blau-grün) verflüchtigt.

Es ist erstaunlich, wie schnell und sicher die Versuchstiere auf Hell und Dunkel reagieren. Unvertraute Versuche sind durch diese Versuche zunächst zerfallen. Die Rolle der Farben bei den Schmuckfarben, Hochzeitskleidern und farbigen Blumenreize ist ungeklärt. Aber andererseits empfinden auch niedere Tiere Hellstimmungsunterschiede sehr fein; sie sind keine chemischen Maschinen, sondern belebte Wesen wie wir. Sie empfinden sogar Licht, wenn wir keine spezialisierten Lichtsinnesorgane bei ihnen nachweisen können. Ob und welche andere Bedeutung das schöne Farbenpiel in der Natur hat, die Frage bleibt vor der Hand unbeantwortet.

Charlottenb. Schillertheater: „Professor Bernhardt“.

Der Sturm im Glorie Baher einer Wiener Professoren, Parlaments- und Parlamentarierwelt in dieser vielgeleiteten Komödie Schiller's wirkt heute, in den darin gezeichneten verlogenen Tricks und Anstrengungen wie ein stochendes Spiegelbildchen des heuchlerischen Hey- und Königszins, das die juchzende Tragödie des Weltkrieges von Anbeginn begleitet hat. Eigenschaftliche Interessen und Keusch verbohrene Gehässigkeit verunmühen sich in die Phrasen-Maschinerie angeblühter politischer Phrasen und Notwendigkeiten, um den deadendeten und ebenso verbotenen jüdischen Witz einer Komik von reinem Pöbel zu drängen. Bernhardt's Verbrechen ist, daß er, nur einer armen Patientin ihre letzten Hoffnungen trüme nicht zu zerbrechen, dem herbergelassenen katholischen Priester den Zutritt zu der Sterbenden verweigert hat. Ein Verhüten, das Nebelwollen und Verleumdung sofort in eine demonstrative Verböschung der Kirche zu verbrechen bestreben sind. Von den lieben Kollegen geschätzt, steht ein gesellschaftlicher Wohlwiler wider den Nebelwiler ein. Antisemitismus und Klerikalismus interpellieren im Reichrat unter höchst möglichem Aufwande moralischer Entschlossenheit, und der Herr Unterrichtsminister, der seine kläglichen Umstände seit jeder mit den löblichsten Sentenzen auszuschnüffeln konnte, legt die Eröffnung des Anklageverfahrens zu. Das in der Komödie unterirdal, sind die satirischen, in Wiener Volkssprache gesungenen Jüge. Weniger die Person Bernhardt's, der weit davon entfernt ist, sich selber irgendwie als einen Vertreter von Prinzipien aufzuführen, und gänzlich unpolitisch, die ihm angebotene oppositionelle Führerrolle ablehnt.

Das geistig Ueberlegene wie die mit glänzender Weltgewandtheit verbundene innere Solidität des Mannes kam in der Vorstellung durch Georg V. a. S. zu außerordentlichem Ausdruck. In dem Kollegenkreise traten die Herren Nowak, Buzek, Weib, K. h. m. a. n. mit scharf umrissenen Charakterzügen hervor. Alfred P. a. u. gab dem katholischen Weiblichen individualistische Tönung. Der Unterrichtsminister spielte Herr K. a. j., den ironisch anardischelnden Pöbel des letzten Aktes Herr Direktor V. a. e. g. a.

Notizen. Ein Forschungsinstitut für Textilindustrie soll in Dresden unter Teilnahme der sächsischen Regierung gegründet werden.

„Ich hab' nicht gewußt, daß sie Baroinn ist — von der Baroinn Dury...“ Sie ist's erst seit kurzem, das heißt, jetzt ist's erst rauskommen, daß sie's ist. Der Herr Statthalter selber hat gesagt, daß sie's ist... Also die Jungfer war schon dort — ein sehr vornehmer Haus, mit wahr'?

„Ich hab' nicht gewußt, daß sie Baroinn ist — von der Baroinn Dury...“ Sie ist's erst seit kurzem, das heißt, jetzt ist's erst rauskommen, daß sie's ist. Der Herr Statthalter selber hat gesagt, daß sie's ist... Also die Jungfer war schon dort — ein sehr vornehmer Haus, mit wahr'?

„Ich hab' nicht gewußt, daß sie Baroinn ist — von der Baroinn Dury...“ Sie ist's erst seit kurzem, das heißt, jetzt ist's erst rauskommen, daß sie's ist. Der Herr Statthalter selber hat gesagt, daß sie's ist... Also die Jungfer war schon dort — ein sehr vornehmer Haus, mit wahr'?

(Fortf. folgt)

Abgeordnetenhaus.

97. Sitzung, Mittwoch, den 28. November, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Waldow, Bergl.
Die Vorlage auf Erhöhung des Grundkapitals der Preussischen Staatsbank (vgl. Preussische Verhandlung, wird in zweiter und dritter Lesung unbeschadet angenommen.
Es folgt der Bericht der verstärkten Staatshaushaltskommission über die

Ernährungsfrage

in Verbindung mit Anträgen aus dem Hauke auf Freigabe von Lohr für die Landwirtschaft, auf Wiederherstellung der Freizügigkeit des Handels, bezügl. Heberlassung von Holz an die Wälder, bezügl. die Zusammenlegung gemeindlicher Betriebe, bezügl. die Heberlassung von Wehlaufräten an die kleineren und mittleren Wassermühlen und bezügl. die Jucht von schweren Pferden.

Berichterstatter ist Abg. **Wippmann** (Sp.). Er legt 22 Anträge vor. Danach soll u. a. für die Preisfestsetzungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine neue Grundlage unter Hinzuziehung sachverständiger praktischer Betriebsleiter ausgearbeitet werden. Ferner soll der Verkauf landwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen an nicht landwirtschaftlich ausgebildete Bewerber der Zustimmung der Verwaltungsbehörden bedürfen. Für 1918 soll eine Vergütung der Aufkaufleute für Kartoffeln herbeigeführt werden, u. a. durch abschließende Festsetzung eines Kartoffelmindestpreises für 1918 und durch Freigabe der zur Ernährung der Bevölkerung nicht notwendigen Kartoffeln an die Erzeuger. Ebenso soll die Zuckererzeugung durch eine entsprechende Preisfestsetzung gesichert werden. Eier, Obst und leichtverderbliche Gemüse beantragt die Kommission von der Zwangsverwaltung freizulassen.

Staatsminister für Volksernährung v. Waldow:

Mein Amt habe ich pflichtgemäß übernommen, obgleich es zu den undankbarsten gehört. Durch die aufopferungsvollen Arbeit meines Herrn Amtsvorgängers sind die Richtlinien für die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes festgelegt. Meine Aufgabe wird sein, sie weiter auszuführen. In dem Grundgesetz der öffentlichen Versorgung der wichtigsten Lebensmittel muß festgehalten werden, solange die Abwertung Deutschlands vom Weltmarkt andauert. Brot und Kartoffeln werden auch die Hauptstützpunkte im neuen Wirtschaftsjahr sein. Im Getreide ist schon mit einer knappen Rationierung zu rechnen. Die Kriegstatistik ist freilich mit sehr großer Zurückhaltung aufgestellt. Wäre sie richtig, so hätte Deutschland seit Ausbruch des Krieges 5 Proz. seiner Substanz verloren. Offensiv ist unsere Friedensstatistik zu hoch, die Kriegstatistik zu niedrig. Die Statistik wird daher nachgeführt werden. Wie notwendig das ist, beweist die Tatsache, daß einzelne Lieferungsverträge schon jetzt mehr geliefert haben, als sie nach der Statistik überhaupt genannt haben. (Hört, hört!) Ein zuverlässiges Programm wird sich daher erst aufstellen lassen, wenn die Reichsgetreideämter die vorhandenen Vorräte wirklich in der Hand hat. Fett fehlt allerdings, so daß wir mit unseren Vorräten (Fett) und vorzüglich umgehen müssen. Daher ist auch die Streckung des Brotes mit Kartoffeln vom 1. November ab wieder angeordnet worden. Ein sehr günstiges Ergebnis hat der Versuch zu zeigen. Er hat es ermöglicht, in der Uebergangszeit zur neuen Ernte und in der Zeit der größeren Kartoffeltransporte die Bevölkerung mit genügend Brot zu versorgen. Unsere Kartoffelernte kann als betriebsfähig, ja sogar als gut bezeichnet werden. Die Einbringung ist durch das Wetter begünstigt worden. Auch hier ist eine Nachprüfung der Bestände angeordnet worden. Zunächst sind 24½ Millionen Tonnen als vorhanden angenommen. Davon werden 23 Millionen Tonnen als Saatgut zurückgestellt, für die Selbstversorgung 6,6 Millionen, für die versorgungsberechtigte Bevölkerung 5,7 Millionen, für Mehl und Maltz 3,2 Millionen, für die Brennereien 2,5 Millionen, für die Produktionsfabriken 1,5 Millionen Tonnen. Der Wunsch, die

Kartoffelration auf 10 Pfund

zu erhöhen, hat sich leider nicht erfüllen lassen. Doch sind in den 8,7 Millionen für die Bevölkerung gewisse Reserven für die Massenlieferung für Sägewerker usw. enthalten. Bis 10. November waren 65 Proz. der Kartoffeln bereits geliefert. Die Winterbedeckung bis zum 15. April ist damit gesichert. Das ist ein so gutes Resultat, wie wir es in den letzten Jahren noch nie um dieses Zeit gehabt haben. Also die Kartoffelversorgung wird sich in diesem Jahre jedenfalls besser verhalten als im Vorjahre; ähnliche Bedingungen wie damals dürften uns diesmal erspart bleiben. Schlecht sieht es mit der Futtermittelversorgung. Der Viehbestand muß daher in das richtige Verhältnis zu den vorhandenen Futtermitteln gesetzt werden. Das gilt vor allem für die Schweine. Die abgeschlachten Schweine geben in der Hauptsache an die Heeresverwaltung, die daraus in ihren Konzentrationen ein Streichfett herstellt, das sehr beliebt sein soll. Mit der Herabsetzung der Viehbestände geht natürlich eine vermehrte Fleischknappheit Hand in Hand. Für eine bessere Verteilung der Fleisch sind entsprechende Verordnungen erlassen. Die Kohlernte ist bisher sehr hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Das fehlende Sauekraut wird daher durch Rübenkraut ersetzt werden müssen. Den Handel mit Gemüse und Obst freizulassen, geht bei der allgemein herrschenden Lebensmittelknappheit nicht an. Die Preise würden dann so hoch werden, daß die minderbemittelte Bevölkerung sie nicht bezahlen könnte. Unsere Zukunftsrate ist gut, es steht ebenfalls Zucker für die Bevölkerung zur Verfügung wie im Vorjahre. An die Frage der Preisfestsetzung werde ich möglichst bald herantreten. Eine gesunde Preisbildung ist für die landwirtschaftliche Produktion notwendig. Doch muß der Käufer der Landwirtschaft auch im billigen Verhältnis zur Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerung stehen. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, bei meiner Preisfestsetzung die einseitige Willkür von Verbrauchern und Erzeugern zu finden. (Weiterkeit.) Ich muß mich darauf beschränken unter Würdigung aller Verhältnisse nach Pflicht und Gewissen meinen Weg zu gehen. — Im ganzen haben wir dank unserer Eigenproduktion und unserer besseren Organisation in der Versorgung der Ernährung unserer Bevölkerung besser da als mancher unserer Feinde. Ich vertraue dabei auch für die Zukunft auf die Standhaftigkeit und Besonnenheit, die das deutsche Volk bisher im Kriege bewiesen hat und auf das Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl der deutschen Landwirte, welche ihnen Kraft und Mut gibt, trotz der Demütigungen ihres für die Schaffung des täglichen Brotes zu sorgen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. d. Osten (L.):

Die Hauptsache ist die Förderung der Produktion. Insbesondere ist, daß noch vielfach ganz undurchführbare Verordnungen erlassen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Kartoffelrationen sind infolge des Mangels an Saatgut und Betriebsmitteln zurückgegangen. Der Leiter der Reichsgetreideämter hat Verordnungen hinausgeschoben, die den Stand der Landwirtschaft aufs schwerste in der Meinung der Bevölkerung herabsetzen. (Sehr wichtig! rechts.) Es wurde von ihnen verlangt, sie sollten jeden Tag angeben, wieviel Kartoffeln sie am Tage gerernt hätten. Das ist undurchführbar. Die Folge waren natürlich möglichst niedrige Schätzungen. Darauf erging folgendes Telegramm: „Nachrichten über Ergebnisse der Individualerhebungen sind absolut unrichtig. Sie ergeben im Gegensatz zur Lage ein Gesamtbild ausserordentlich hoher Ernte. Die falschen Angaben der Landwirte, denen anscheinend jedes Verständnis für den Ernst der Lage fehlt, sind unverantwortlich und können nicht scharf genug verurteilt werden. (Sehr wichtig! links.) Gegen diese Verbeugung von Vorkränen durch die Erzeuger muß durch strenge Nachprüfung rüchrichtig vorgegangen werden.“ (Sehr wichtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies Telegramm zeigt von dem Uebereifer eines Beamten, der von landwirtschaftlichen Verhältnissen keine

Ahnung hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Eine solche Sprache von Leuten, die sich erst richtig orientieren sollten, ist geeignet, die Landwirtschaft in ihrer Ehre zu verletzen. Auf diese Weise wird ein Raub von Zustimmung in der Landwirtschaft großgezogen, aus der unserer Kriegswirtschaft die ernstesten Schwierigkeiten entstehen müssen. (Sehr wichtig! rechts.) Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr verlagert. Schluß 4½ Uhr.

Wahlrechtsverschlepper.

Nur noch einen Tag!

Nach dem „Lokalanzeiger“ ist es wieder zweifelhaft geworden, wann die Wahlreform auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhaus kommt. Verschiedene Fraktionen haben den Wunsch, die Beratung wenigstens einen Tag zu verschieben, um Zeit für die Prüfung zu gewinnen.
Man sagt, sie wollen nicht sterben.

Am Donnerstag der „Preussischen Jahrbücher“ redet Prof. Dr. Hans Delbrück den Konservativen ebenso eifrig wie ausföhrlich zu, auf ihre Vorrechte zu verzichten, die durch den Krieg doch unhaltbar geworden seien. Interessanter ist seine Auffassung von den Aussichten der Wahlreform. Da betont er mit Recht, daß es der ganzen Energie der geschlossenen Regierung bedürfen wird, um das gleiche Wahlrecht in beiden Häusern des Landtags durchzuführen. „Wenn der Minister des Innern auch nur mit der Wimper zuckt, ist sie verloren. Die Gefahr ist um so größer, als man weiß, daß sowohl Graf Seeling wie Herr Dr. Friedberg bisher dem gleichen Wahlrecht durchaus nicht besonders geneigt waren.“ Gleichwohl hofft Delbrück von ihnen, daß sie die starke Hand zeigen und unter Berufung auf die Notwendigkeiten des Krieges unerschütterlich auf der Vorlage beharren werden. Denn auf keinen Fall dürfe nach Friedensschluß der Kriegsmüherer mit seinem Geldsack mehr bedeuten als der Krieger, dessen bürgerliche Erziehung vielleicht durch den Krieg vollständig vernichtet sei.

Der sächsische Minister Graf Vithum gegen die Reichstagsmehrheit.

Eine Hilfsaktion für die Alldeutschen und die preussischen Reaktionsäre.

Im Laufe der Etatsdebatten in der Zweiten sächsischen Kammer gaben die sächsischen Regierungsvertreter Erklärungen ab, die geeignet sind, großes Aufsehen zu erregen. Zunächst erklärte der Finanzminister v. Sehdewitz, daß Deutschland eine Kriegsentscheidung fordern müsse. Darüber, ob unsere Gegner eine solche göhnen könnten, brauche man sich keine Sorge zu machen, man solle nur an Amerika denken. Offenbar besitzt Herr v. Sehdewitz ein bisher noch unerschrockenes Geheimnis, um die Vereinigten Staaten zur Zahlung einer Kriegsschadung zu zwingen.

Das war aber nur das Vorwort zu einer Erklärung, die der sächsische Ministerpräsident Graf Vithum v. Eckardt in Verfolg gab. Graf Vithum hat schon einmal, Ende des Jahres 1911, in Deutschland Aufsehen erregt, als er für ein Gesetz zur Beschränkung des Koalitionsrechtes eintrat, als dem errenlichweise nichts geworden ist. Das sächsische Volk zeigte seine Erregung am Mittwoch. Zunächst erklärte Graf Vithum, daß die Regierung an die Einführung des gleichen Wahlrechts in Sachsen nicht denke!

Ein Wahlrecht, das ausschließlich den breiten Massen die Entscheidung im Staate überlassen und andere Schichten diesen Massen ausliefern würde, wäre ein unbilliges und ungerechtes Wahlrecht.

Graf Vithum hält offenbar das sächsische Pluralwahlrecht für weit gerechter, weil es dem Kriegsmüherer und Kriegsgewinnler drei bis vier Stimmen, dagegen dem Kriegsteilnehmer in den meisten Fällen nur eine Stimme gibt. Diese Erklärung mutet an wie eine Hilfsaktion für die preussischen Reaktionsäre in ihrem Kampf gegen das gleiche Wahlrecht, wie ein kollegialer Tritt, den Graf Vithum seinem preussischen Ministerkollegen Drews unter dem Tisch verleiht. — Ueber die auswärtige Politik bemerkte Graf Vithum nach dem vorliegenden Waffensbericht Folgendes:

Ueber die Kriegsziele haben sich zwei Meinungen gebildet. Die einen verlangen, daß ein Frieden erklöpft wird, der uns Ertrag der Opfer bringt; die anderen meinen, daß wir auf einen möglichst baldigen Friedensschluß hinwirken, damit der Opfer nicht mehr würden. Die Reichstagsentscheidung vom Juli 1917 kann unmöglich die Kriegslage beurteilen, die sich im Oktober und November gestaltet hat. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte, daß wir zu einer Verständigung mit unseren Gegnern bereit sind, aber die Reichstagsentschlüsse werden uns nicht abhalten, dem Gegner, der eine Verständigung ablehnt, die Folgen seines Tuns in seiner ganzen Schwere aufzuerlegen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir mit unserem östlichen Nachbarn in absehbarer Zeit nicht zu einer Verständigung gelangen könnten. Es handelt sich nur darum, daß sich dort eine Regierung bildet, welche die Macht in den Händen hat und der deutschen Regierung ein ernstes Friedensangebot macht. Von einem solchen ist bisher noch nicht die Rede gewesen. Wir haben keinen Grund, die Herzen zu verhärtet. Unsere Lage ist auf allen Fronten ausgezeichnet und wir dürfen der Obersten Heeresleitung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse voll ausnützen wird.

Graf Vithum schließt sich in dieser Erklärung der national-liberalen Ansetzung an, die Friedensresolution des Reichstags „als durch die Kriegslage überholt“ zu erklären. Die Reichstagsparteien haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Forderung des Verständigungsfriedens ein Prinzip und unabhängig von der Kriegslage ist und daß daher die Resolution vom 19. Juli nicht durch die Kriegslage überholt werden kann. Mit der Akzeptierung des Vorschlages der Nationalliberalen, die bekanntlich gegen die Resolution gestimmt haben, stellt sich Graf Vithum auf die Seite der offenen Gegner der Friedensresolution. Dieser Standpunkt ist um so auffälliger, als die Deutsche Reichsregierung in ihrer Antwortnote an den Papst die Reichstagsresolution für sich ausdrücklich akzeptiert hat.

Die Sehdewitz und Vithümer und die ganzen sächsischen Populäre würden vielleicht etwas weniger läppig sein, wenn sie mit einer geschlossenen Aktion der sächsischen Arbeiterklasse zu rechnen hätten. Für diese wäre es eine schöne Aufgabe, die Dresdener Obrigkeit zu beiseitigen und eine andere Regierung an ihre Stelle zu bringen, die wenigstens die preussische Wahlrechtsvorlage für Sachsen übernimmt! Hat man dazu Zeit in Sachsen?

Badische Thronrede.

Karlsruhe, 28. November. Der badische Landtag ist heute durch den Minister des Innern **Jaeger** v. **Wedemann** eröffnet worden.

In der Thronrede heißt es: Beim Abschluß des Krieges werden wir an der Schwelle einer neuen Zeit stehen. Die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des badischen Staates weisen eine stetige Entwicklung auf im Sinne einer starken Beteiligung aller Volksschichten an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Unter Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Staatswesens werden die Einrichtungen des Staates, der Kreise und Gemeinden in vertrauensvollem Zusammenwirken von Fürst, Volk und Regierung und den Verhältnissen einer Weiterbildung zuzuführen sein, welche dem Geist der neuen Zeit Rechnung trägt.

Erzberger und Elsaß-Lothringen.

Ein offizielles Dementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mehrere Blätter druden Ausführungen der Deutschen Tageszeitung“ nach, in denen behauptet wird, der Abgeordnete Erzberger habe, „ohne Zweifel mit Wissen des auswärtigen Amtes und auf Geheiß der sogenannten „politischen Zeitung“, auf der Basis der päpstlichen Note mit Franzosen wegen Abtretungen in Elsaß-Lothringen verhandelt. Wir wollen deshalb folgendes feststellen:

Die politische Zeitung hat zu den besagten Verhandlungen keinen Auftrag gegeben, das auswärtige Amt hat nicht um sie gewußt, und sie haben überhaupt niemals stattgefunden. Die Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind also frei erfunden.

Ministerialdirektor Giesberts.

Wie die „Germania“ erfährt, wird der Zentrumsabgeordnete und Führer der christlichen Gewerkschaften Giesberts als Ministerialdirektor in das Reichswirtschaftsamt berufen werden.

Reform der Schnellzugszuschläge.

Erhöhung der Personentarife.

Nach Blättermeldungen sollen die allgemein vom Publikum als ungerecht empfundenen Schnellzugszuschläge noch im Laufe des Dezember abgeändert werden. Freilich wird damit eine Herabsetzung der Preise kaum verbunden sein. „Es soll nur die Ungerechtheit überwunden werden, die jetzt darin liegt, daß ein Fahrpreisunterschied von 10 Pf. unter Umständen eine Erhöhung des Schnellzugszuschlags um mehrere Mark zur Folge hat. Zum Beispiel zahlt man jetzt für Fahrkarten im Preise von 4,00 M. 5 M. Zuschlag, bei einem Preis von 5,10 M. aber 8 M. Zuschlag. Der Zuschlag soll künftig genau das Doppelte des früheren Fahrpreises betragen und in der Art erhoben werden, daß der Reisende statt einer zwei Fahrkarten zu lösen hat.“

Gleichzeitig wird durch eine Mitteilung des sächsischen Finanzministers bekannt, daß nach einer Vereinbarung der deutschen Eisenbahnerverbände vom 1. April 1918 ab in allen deutschen Staaten eine Erhöhung der Personentarife um 10 Proz. und der Gütertare um 15 Proz. eintreten werde, um die Einnahmen der deutschen Staatsbahnen einigermaßen den stark gestiegenen Ausgaben entsprechend gestalten zu können.

In einem längeren Artikel rechtsseitig die „Nordd. Allg. Zig.“ die Notwendigkeit der Stilllegung der Sperre gegenüber den Klagen aus Kreisen der Industrie, des Handels und der Verbraucher. Sie betont, daß diese Maßregelung namentlich im Interesse der Lebensmittellieferung des deutschen Volkes notwendig gewesen sei, beispielsweise seien für Winterfahrten bis zu 8000 Wagen gestellt worden, während der Bedarf noch größer war. Eine völlige Aufhebung der Sperre würde die Wagenverteilung für Lebensmittel gefährden. Jedoch habe die Eisenbahnverwaltung die Liste der freigegebenen notwendigen Güter schon erheblich erweitert. Die Bewilligung von weiteren Ausnahmen werde in Ermüdung gezogen, namentlich fämen in Betracht Gegenstände des täglichen Bedarfs, Textilwaren, Kurzwaren, Steingut, Porzellan und dergleichen, sowie auch Weihnachtswaren.

Schiffers Nachfolger. Magdeburg, 28. November. In der gestrigen Reichstagswahl des Wahlkreises Neubrandenleben — Wolmirstedt wurde an Stelle des bisherigen Abgeordneten, Ministerialdirektors Schiffers, Gymnasialdirektor **Trittel**-Neubrandenleben gewählt.

Letzte Nachrichten.

Holland und der Völkerbund.

Haag, 28. November. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer sagte Ministerpräsident Carel van der Linden: Was die schwer vorauszuweisende Zukunft betreffe, so könne nur ein Völkerbund Aussicht auf eine internationale Abrüstung gemähren. Der Erfüllung dieses Ideals stünden aber gemaltige Schwierigkeiten im Wege, durch die man sich allerdings nicht abschrecken lassen dürfe; denn der Weg zum Völkerbund sei der einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden und zur Erhaltung der Zivilisation.

Weiter sagte der Minister: Der schweizerische Gesandte habe mitgeteilt, daß dem schwedischen Gesandten zufolge die schwedische Regierung beabsichtige, die neutralen Staaten zu einer Präliminarkonferenz über die wirtschaftlichen Fragen nach dem Kriege einzuberufen. Wenn Holland angegriffen würde, würde es sich, ohne nach den Rechtsverhältnissen zu fragen, verteidigen. Aber abgesehen von Selbstverteidigung gehe es nicht in den Krieg.

Ein Aufruf Duchenis.

Wien, 27. November. (S. S. Telegr. Korresp.-Bureau.) Die Nachricht von der Verhaftung des von der Bolschewikregierung abgesetzten Oberbefehlshabers Duchenis hat sich vollständig nicht bewahrheitet. Es liegt ein von Duchenis unterzeichneter Aufruf vor, der am 27. November (alten oder neuen Stils? Red. d. N.) vormittags aus dem russischen Hauptquartier erlassen wurde. Sein Inhalt ist nicht sonderlich klar. Duchenis befragt in bewegten Worten die Vermittlung, die in Volk und Heer herrsche und bedauert, daß über die Armee, die das vierte Jahr alle Entbehrungen des Krieges trage und sich nach den heimatischen Herden und Familien zurückziehe, „neue harte Prüfungen gelommen seien.“ Er schließt mit einem Aufruf nach Unmüdigkeit und „wiedererwartung, aber ohne Gewalt und ohne Blut der Dajonette“.

Der Dieb von Wilhelmshöhe.

Kassel, 28. November. Die Kriminalpolizei hat heute einen siebenzehnjährigen Orientianer dingfest gemacht, der in einer der letzten Nächte den gemeldeten großen Diebstahl wertvoller Kunstgegenstände aus Schloß Wilhelmshöhe verübt hat. Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände ist wieder herbeigeschafft worden.

Gewerkschaftsbewegung

Neuer Streik in Grimmitzschau.

Nach vier Monate sind verstrichen, seitdem ein großer Weberstreik in Grimmitzschau durch das vermittelnde Eingreifen der Militärbehörden in letzter Stunde abgewendet wurde, und schon stehen aus neue 130 Textilarbeiter und -arbeiterinnen einer Tuch- und Deckenfabrik im Aufstand. Der Streik droht auch auf die anderen Betriebe überzuspringen. Das alles ist als besonders rigoros bekannte Grimmitzschauer Unternehmertum läßt die Arbeiterschaft tatsächlich nicht zur Ruhe kommen. In geradezu provokatorischer Weise wird durch immer neue erdachte Maßnahmen die Arbeiterschaft zum Widerstand gereizt. Im Juni wurde mit Wirkung ab 26. März 1917 die Zahlung einer wöchentlichen Teuerungszulage vereinbart, und zwar für verheiratete männliche Arbeiter und Meister 8 M., für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen unter 17 Jahren 5 M. pro Woche. Es wurde damals vereinbart: Eine Kürzung der Teuerungszulage tritt nur ein, wenn selbstverschuldetes Fernbleiben von der Arbeit vorliegt. — In den Besprechungen der Arbeitervertreter mit den Unternehmern war man sich allseitig einig, daß für die

gesetzlichen Feiertage ein Abzug von der Teuerungszulage nicht gemacht werden dürfe.

Einige Monate hielt das Unternehmertum das gegebene Versprechen; aber schon seit etwa zwei Monaten weigert sich ein Teil der Fabrikanten, die Teuerungszulage für die gesetzlichen Feiertage zu zahlen. Jetzt ist in einer Anzahl Fabriken eine diebstahlartige Verknüpfung erlassen worden.

Das Kriegsamts Leipzig hat merkwürdigerweise unter Außerachtlassung der früher von den Unternehmern gemachten Versprechungen eine Beschwerde der Arbeiter abgewiesen mit der Begründung: Die Teuerungszulage sei ein Teil des Lohnes, Feiertage würden nicht bezahlt, ergo braucht auch die Teuerungszulage nicht gezahlt werden. Daß etwa die Hälfte der Fabrikanten fortgesetzt verfährt und die Teuerungszulage ohne Abzug auszahlt, hat die Entscheidung des Kriegsamts nicht zu beeinflussen vermocht. Die Erregung der Arbeiter ist sehr groß. Auch die Gelben fraternisieren mit den freigewerkschaftlich organisierten. Diese Erregung ist um so begreiflicher, als das Grimmitzschauer Unternehmertum zu denjenigen gehört, welches am Kriege am meisten verdient und seinen Arbeitern am wenigsten Helfend zur Seite gestanden hat. Wenige Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Wehrpflicht der Unternehmer mußte erst durch einen im Mai drohenden Weberstreik vom Kriegsamts zur Zahlung einer angemessenen Zulage gezwungen werden. Die Löhne der Arbeiter in Grimmitzschau sind niedriger als in den großen Konkurrenzplätzen der Lausitz. Nachdem sind eben gegenwärtig in der Niederlausitz auf dem Wege friedlicher Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern die Löhne aller Kategorien des ganzen Bezirkes nicht unwesentlich erhöht worden. Die Grimmitzschauer Fabrikanten suchen, wie ihr Vorgehen beweist, das Einkommen der Arbeiter herabzusetzen. Die Arbeiter können der Unterstützung aller rechtlich Denkenden sicher sein.

Kriegslegung des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter.

In diesen Tagen hat in Berlin eine Delegiertenversammlung des oben genannten Bundes stattgefunden, dem auch die Vorarbeiter und Handwerker im Dienste der Reichspost angehören. Die Reichspostverwaltung, so heißt es in einer Entschließung, sei zwar bestrebt gewesen, den genannten Kategorien über die Schwierigkeiten hinweg zu helfen, die getroffenen Maßnahmen seien aber ungenügend. Es werden deswegen folgende Forderungen aufgestellt: Durchgreifende Erhöhung der Löhne und der laufenden Teuerungszulagen; Erhöhung der Gehälter für die auswärts tätigen, und zwar sowohl für Tage mit Übernachtungen wie für solche ohne auswärtiges Quartier; für die Telegraphenarbeiter eine erhebliche Verstärkung der Sozialzulagen; Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage zur Beschaffung von Wintervorräten, Kleidungsgegenständen, Wäsche und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs, die wegen der ungeheuerlichen Preissteigerungen von den laufenden Einnahmen unmöglich erworben werden können. Dieser einmalige Zuschuß muß, sofern er seinen Zweck auch nur einigermaßen erfüllen soll, die Höhe eines Monats-einkommens erreichen.

Ferner wurden im Laufe der Verhandlungen noch folgende Forderungen als besonders dringlich bezeichnet: Die Weitergewährung der vollen Bezüge einschließlich der Teuerungszulagen an die erkrankten Arbeiter und Handwerker; die Lieferung einer angemessenen Dienstkleidung, welche die Arbeiterschaft zurzeit sich aus eigenen Mitteln nicht mehr zu beschaffen vermag; die Mitbestimmung der auf einen Wochentag fallenden gesetzlichen Feiertage; die unverzügliche Durchföhrung der Anrechnung der Arbeiter- und Handwerkerdienstjahre auf das Befoldungs- und Ruhegehaltsdienstalter; die Errichtung einer Ruhegehaltskasse für die nicht zur Anstellung gelangenden Telegraphenarbeiter und Handwerker.

Rusland.

Landarbeiterbewegung in Italien.
Bern, 28. November. „Avanti“ enthält Nachrichten über eine große Landarbeiterbewegung in der Provinz Rom, mit der wahrscheinlich die bereits erfolgte Kündigung zahlreicher Gemeindefürsorge im Zusammenhang steht. Viele Frauen wurden wegen Geföhrdung der freien Landarbeit mit Geföngnis bestraft.

Parteinachrichten.

Für Frieden und Freiheit.

Zu einer imposanten Demonstration für einen Frieden der Verständigung gestaltete sich die für Sonntag, den 23. November gemeinsam von der Sozialdemokratie und den Fortschrittlerpartei Dösselndorf einberufene Volksversammlung. Saal, Galerien und Bühne des über 3000 Personen fassenden Versammlungsraumes der städtischen Tonhalle waren dicht besetzt. Die „Unabhängigen“ hatten in ihrem Organ ihre Anhänger aufgefordert, die Versammlung nicht zu besuchen. Auch das Zentrum, das in Dösselndorf unter dem Einfluß des alldeutschen angehauchten Landtagsabgeordneten Dr. Brodmann steht, hatte es abgelehnt, an der Kundgebung für die Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags teilzunehmen. Die Dösselndorfer Bevölkerung hat aber durch den Massenbesuch der Friedenskundgebung gezeigt, daß sie mit ihren Sympathien auf Seiten der Parteien steht, die unablässig für die baldige Durchführung eines Verständigungsfriedens eintreten. Ueber das Thema des Tages, „Die Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags und die Vaterlandspartei“ sprachen der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Schulz für die Sozialdemokratie und der Abgeordnete Hoff-Kiel für die Fortschrittler. Häufige Zustimmungsgedüngungen und wiederholter stürmischer Beifall bezeugten das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen der Redner, die in den Forderungen nach einer möglichst baldigen Verständigung der jetzt Kriegführenden und nach sofortiger Demokratisierung unserer Staatseinrichtungen gipfelten. Außerordentlich stark und häufig waren die Zustimmungsgedüngungen der Versammelten, als die Redner mit den Abweisungen, deren Politik ganz allein dem deutschen Volke einen Hungerfrieden bringe, abrechneten. Einstimmig gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der die auswärtige Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags gebilligt, die Friedensbemühungen der russischen Revolutionäregierung begrüßt und erwartet wird, daß das Verhalten der Mittelmächte ihnen gegenüber einen weiteren und entscheidenden Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Völkerrfrieden bedeutet. Weiter wendet sich die Resolution gegen die Bestrebungen der Vaterlandspartei und fordert den schleunigen Ausbau des deutschen Obrigkeitsapparates zum Volkstaat, insbesondere das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Bundesstaaten.

Organisationen und Parteien.

Am 21. November (Dinstag) fand in Schmieds eine zahlreiche Parteiversammlung statt, in der der Delegierte des Kreises, Cohen, in ausführlicher Weise den Bericht des Bürgerparteitages gab. Nach kurzer Diskussion, in der sich die Redner zustimmend zu den Beschlüssen des Parteitages äußerten, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, wonach sie sich mit den Beschlüssen des Parteitages und dem Verhalten des Delegierten des Kreises einverstanden erklärte. Der Vorsitzende des Kreises teilte dann mit, daß auch im Kreise Schmieds-Sommerfeld die Vaterlandspartei sich bemühe, Anhänger zu werden, jedoch könne er feststellen, daß nach seinen Informationen die werktätige Bevölkerung sich gegenüber der Werbung von Mitgliedern für die Vaterlandspartei ablehnend verhalte.

Henry Spielmann tot.

Die gewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterbewegung Hollands im allgemeinen und der Stadt Rotterdam im besonderen hat einen herben Verlust erlitten: Henry Spielmann ist vor wenigen Tagen aus dem Leben geschieden. Als Gewerkschaftsführer, Parlamentarier und Tageschriftsteller hat er sich durch besonnenes Urteil, unerschütterliche Charakterstärke und bedeutendes Organisations Talent ausgezeichnet. Was Anfechtung für Gerechtigkeit war Spielmann für Rotterdam; die Seele der dortigen Arbeitermassen. Und das Schmerzliche ist, daß er im besten Mannesalter vom Schauplatz seiner segensreichen Tätigkeit verbannt wurde. Spielmann war erst 43 Jahre alt. Ehre seinem Andenken!

Soziales.

Unversorgte Kriegsbeschädigte.

Läßt die Verlorenung der Kriegsbeschädigten bei all den Einrichtungen, die geschaffen wurden, ihr Los zu verbessern, noch recht viel zu wünschen übrig, so sind jene Kriegsteilnehmer doppelt übel daran, die aus dem Heeresdienst um deswillen ohne Rente entlassen wurden, weil das ihre Erwerbsunfähigkeit oder Erwerbsbeschränkung bedingende Leiden nicht auf den militärischen Dienst zurückzuführen wird. Die Zahl dieser Kriegsopfer ist nicht gering und sie steigt andauernd. Für sie, die sich meist in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, ist es wichtig zu wissen, daß sie trotz der Ablehnung ihres Rentenanspruchs noch eine Unterstützung erlangen können.

Wer sich durch den ablehnenden Bescheid benachteiligt fühlt, kann innerhalb drei Monaten nach der Zustellung der Entscheidung Einspruch dagegen erheben. Dieser Einspruch hat die Wirkung, daß der Betroffene bis zum Erlaß einer neuen Entscheidung als Kriegsbeschädigter behandelt wird. Seine Familie ist dann zum Empfang der Familienunterstützung bis zur Dauer von drei Monaten nach der Entlassung voll berechtigt. Solche Personen sind auch berechtigt, die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Wird wegen Ausschließlichkeit auf die Erhebung des Einspruchs gegen den ablehnenden Bescheid verzichtet, dann besteht die Möglichkeit, auf Grund des § 25 des Mannschaftsverlorenungsgesetzes eine Unterstützung zu erlangen. Dort wird bestimmt, daß Unteroffizieren und Mannschaften, die wegen körperlicher Gebrechen ohne Anspruch auf Rente entlassen werden, im Falle dringender Bedürfnisfälle eine Rente bis zur halben Höhe der Vollrente ihres Dienstgrades vorübergehend gewährt werden kann. Die erstmalige Gewährung einer solchen bedingten Rente ist

nur bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Entlassung zulässig. Die Militärverwaltung ist bei der Zubereitung dieser Rente, die für den Feldweibel bis zu 450 M., für Sergeanten bis zu 300 M., für Unteroffiziere bis zu 200 M., und für Gemeine bis zu 170 M. beträgt im allgemeinen nicht ergründig. Die Bewilligung erfolgt in der Regel für ein Jahr, nach dessen Ablauf die Bedürftigkeit erneut nachgeprüft wird. Kriegsbeschädigten, die ohne Rente entlassen wurden, kann nur empfohlen werden, von diesen Einrichtungen soweit als möglich Gebrauch zu machen.

Mittagskost für erwerbsunfähige Kranke.

Eine sehr dankenswerte soziale Maßnahme hat die Krankenkasse für die Stadt Leipzig getroffen. In Verbindung mit einer Reihe anderer Leipziger Krankenkassen hat sie eine Mittagskost für erwerbsunfähige Kranke eröffnet. Die erkrankten Mitglieder der beteiligten Krankenkassen erhalten, wenn ihre Krankheit das akute Stadium überschritten hat und sie sich in Rekonvaleszenz befinden, zur schnelleren Wiederherstellung ihrer Gesundheit Mittagessen, zu dem die Krankenkasse einen größeren Teil der Kosten beiträgt. Die als Kriegsmaßnahme gedachte Einrichtung kann entsprechend den nur beschränkt vorhandenen Nahrungsmitteln nur auf drei Wochen gewährt werden; es kommt also bei der festgesetzten Höchstzahl von täglich 750 Personen vielleicht nur ein Teil der rekonvaleszenten Mitgliederin Frage. Darum ist vorgesehen, daß die behandelnden Kaiserärzte aus ihrem Krankenstande die geeigneten Fälle herausuchen. Die Verwaltung der in einem städtischen Gebäude untergebrachten Krankenkasse hat die Ortskrankenkasse selbst übernommen. Die Selbstkosten für die den Kranken zu verabreichende Mittagkost werden nach den angestellten Berechnungen etwa 1,50 M. für die Portion betragen, davon zahlt der Kranke 40 Pf., der Rest wird von der Krankenkasse übernommen.

Die in Leipzig getroffene Kriegsmaßnahme ist in jeder Hinsicht nachahmenswert. Sind doch gerade die erwerbsunfähigen Kranken bei der ungeheuerlichen Steigerung sämtlicher Lebensmittel in den allermeisten Fällen gar nicht in der Lage, die ihrem geschwächten Körper so dringend nötigen kräftigenden Nahrungsmittel kaufen zu können. Aber auch im Interesse der Krankenkassen selbst liegt es, ihren Kranken nach Möglichkeit kräftigende Nahrung zu kommen zu lassen. Wird doch dadurch eine schnellere Besehung der Rekonvaleszenz herbeigeföhrt und damit der Kranke, der sonst vielleicht noch längere Zeit die Kasse belasten würde, in kürzester Frist wieder arbeitsfähig hergestellt.

Industrie und Handel.

Schon wieder eine Erhöhung der Eisenpreise.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Dem Vernehmen nach sollen in den ersten Tagen des Dezember zwischen den Vertretern der Eisenerzeuger und der amtlichen Stellen Verhandlungen über eine Neuregelung der Verkaufspreise stattfinden. Der Wunsch der Werke nach Erhöhung der Höchstpreise ist allgemein unter Hinweis auf die anhaltende Steigerung der Selbstkosten. Ob und in welchem Umfange eine Erhöhung Genehmigung findet, läßt sich noch nicht übersehen; sehr groß scheint die Reizung bei den amtlichen Stellen zur Zustimmung zu einer kräftigeren Erhöhung nicht zu sein.

Es wäre dringlich zu wünschen, daß die Behörden nachdenklich bleiben und ihre „nicht sehr große Reizung“ nicht größer werden lassen. Die Reingewinne der Eisen- und Stahlwerke sind märchenhaft hoch und dabei weiß jedermann, daß sie künstlich herabgedrückt sind und daneben wirklich fabelhafte „stille“ Reserven geschaffen wurden. Gerade in den letzten Tagen wurden Gewinnzahlen der Bismarckhütte veröffentlicht, die, wären unsere Kerben nicht schon längst gegen solche Eindrücke abgestumpft, Sensation erregen müßten. Nach der „National-Zeitung“ hat die Bismarckhütte im letzten Vierteljahr ihr Aktienkapital — 16 Millionen Mark — rein verdient. Auch der Einwand, daß die Preise zur Erzielung der größten Leistungsfähigkeit auch den weniger modernen Werken einen angemessenen Nutzen lassen müßten, ist ganz hinfällig. Denn einmal ließen sich für diese Zwecke besondere Zuschläge einföhren, ohne daß die Preise für am teuersten arbeitenden Unternehmen für die ganze Industrie richtung gebend sein müßten, und dann lassen die geltenden Preise eben auch den kleineren Werken bereits sehr guten Nutzen, wie das Beispiel der Dösselndorfer Eisenhütten-Gesellschaft beweist, die 20 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahre und 6 Proz. vor zwei Jahren verteilte.

Die neue Bierordnung.

Die Bierbrauereien dürfen in der Zeit vom 1. Oktober 1917 ab in jedem Kalendervierteljahr nur 10 Proz. der Bierbrauereien in Bayern rechts des Rheins 13 Proz. der Holzmenge zur Herstellung von Bier verwenden, die sie in dem entsprechenden Kalendervierteljahre der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich verwendet haben. Die für das letzte Vierteljahr eines Kontingentsjahres festgesetzten Holzmengen dürfen, soweit sie nicht verwendet sind, noch in dem ganzen folgenden Kontingentsjahre verwendet werden. Bezüglich der Uebertragung von Brauereikontingenten ist bestimmt worden, daß die Uebertragung von Holzkontingenten mit Genehmigung der Reichsgetreidestelle innerhalb des nördlichen Brauereigebietes zur Eigenverwendung der erwerbenden Brauerei aus einem wichtigen Grund — z. B. Wirtschaftlichkeit der Betriebsföhrung — erfolgen darf.

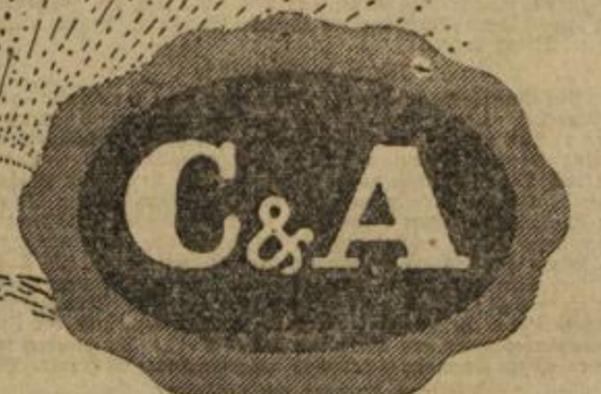
Verantwortlich für Politik: Erich J. J. J., Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Gotsch, Potsdam; für Inserate: Dr. Giese, Berlin, Teud u. Verlag: Hermann Paderborn u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.
Kreis 1 Volkens- und Unterhaltungsblatt.

In 5 Minuten

werden Sie in unseren Geschäften die Überzeugung gewinnen, daß Sie zum Einkauf von

Damenkleidung

an der richtigen Stelle sind.



Rönigstraße 33 Chausseestraße 113
Im Detmold Baumarkt, Beim Strömmer Detmold.

Sonntags geschlossen!